

müßte nicht die ganze Kirche ihr gesammeltes Gebet der Wahrung ehelicher Treue aufopfern. Aber dieses Beten bedarf der Ausrichtung auf die klaren Grundsätze der Sittenlehre der Kirche. Da ist als erstes festzuhalten und einzuprägen, daß die Ehe eine Natureinrichtung Gottes mit der Bestimmung der Unauflöslichkeit ist. Als solche hat sie nach dem Willen des Schöpfers nicht die persönliche Vervollkommnung der Gatten, sondern die Weckung und Aufzucht des Lebens zum Zweck. Alle anderen Zwecke, die von der Natur auch gewollt sind, bleiben diesem Hauptzweck wesentlich untergeordnet. Alle Unsicherheiten und Entgleisungen sollten hier mit größter Bestimmtheit ausgeräumt werden. Auch der zur persönlichen Teilhabe am Leben der Heiligsten Dreifaltigkeit geschaffene Mensch, für den die Ehe in Christus zum Sakrament wird, ist zunächst Kreatur und bleibt kreaturverhaftet. Erst auf dieser Grundlage wird er Person. Die Personalität des Menschen ist ontologisch und metaphysisch bestimmt. Aus dieser Ordnung folgt, daß die Frau die Gehilfin und Gefährtin des Mannes ist, dem die letzte Verantwortung für die Ehe obliegt. Innerhalb dieser Ordnung und auf ihren Fundamenten will die Natur die Entfaltung der Persönlichkeitswerte, die notwendig zur vollen, menschenwürdigen Erfüllung des ehelichen Aktes gehören. Dazu rechnet die Kirche auch die vom Schöpfer angebotenen Freuden des Geschlechtslebens. Sie warnt aber vor einem sexuellen Hedonismus, der die sittliche Voraussetzung der Ehe, das gegenseitige Opfer der persönlichen Freiheit, untergräbt und zerstört. Der Papst spricht in diesem Zusammenhang von einem ausgeklügelten, antichristlichen Hedonismus, einem „Kult des Genusses“, vom Pesthauch des Materialismus, dem sich die Christen mit allen Kräften widersetzen sollen. Er verwahrt sich indessen dagegen, daß die Warnung der Kirche das geringste mit Manichäismus oder Jansenismus zu tun hat. Wohl aber richtet sie sich mit Entschiedenheit gegen die ungehemmte und ungeordnete Eigenliebe, die eines Tages unfähig ist, ein Leben lang treu die Pflichten zu tragen, die die Ehe als Familie erfordert. Überdies kann eine Treue, die sich nur auf die Gefühle persönlicher Achtung, Sympathie und des Vertrauens gründet, den Versuchungen des Lebens nicht standhalten, wenn sich nicht jeder Ehepartner von vornherein darüber im klaren ist, daß die eheliche Treue zunächst Treue gegen Gott selbst ist, der die Ehe als ewige Lebensordnung eingesetzt hat. Nur auf dem Gottesglauben wächst die opfernde Liebe, ohne die Ehe keinen Bestand hat.

3. Aber die Sorge des Papstes gilt ja gerade der Treue christlicher, katholischer Ehen. Es ist die Sorge um ein großes Sakrament der Kirche, das die Gegenwart Christi in das Herz der Familie trägt und die Ehe auch in einem übernatürlichen Sinne unauflösbar macht. Da ist die eheliche Treue ganz besonders auch Treue zum Glauben und zu Christus, der als Erlöser der gefallenen Menschheit nicht das Gesetz der Schöpfung aufhebt, sondern, „Gesetzgeber mehr als Moses“, die Gnadengabe der Erfüllung dieses Gesetzes verleiht, indem er den Mann ebenso wie die Frau durch übernatürliche Liebe erhöht. Nur diese übernatürliche Liebe hält die Last und die Versuchungen des heutigen Ehelebens aus, wenn sie durch die Teilnahme am sakramentalen Leben der Kirche ständig gespeist wird. Diese Liebe bewahrt und pflegt das rechte Verständnis für die naturgemäße Ordnung der Ehe zwecke, sie zielt von Anbeginn über die Polarität der ehelichen

Partner hinaus auf Kinder, Kinder der Gottesliebe im Dienste an der Fülle des mystischen Leibes Christi. Ja sie ist selber Erlöserliebe und drängt danach, die christliche Ehe als fruchtbare Familie zum Glaubenszeugnis für diese Welt werden zu lassen. Wachsam wirkt sie dem heute üblichen und beinahe schicksalhaften Versagen des Mannes und dem Versagen der Frau entgegen und scheut sich nicht, auch die kleinen Mittel des Widerstandes gegen die Versuchungen zu wählen. Aber seien wir uns klar darüber: diese christliche Ehe, in der die Glaubenstreue das ganze eheliche Leben durchseelt, ist heute ein außerordentlicher, ein geradezu heroischer Weg, der außerordentliche Kräfte des Gebetes und des Fleißes, auch der Aszese verlangt. Zu diesen außerordentlichen Mitteln, sich gegen die versucherische Dynamik des heutigen Lebens abzusichern, gehört auch ein Zusammenschluß solcher selten gewordenen katholischen Ehen zur gegenseitigen Ermutigung und Hilfe. Einsame Ehen gläubiger Christen können schon an ihrer Einsamkeit zerbrechen. Es wäre aber zuviel verlangt, wollte man nun wieder die Priester mit der Sorge für solche zeugnishaften Ehen belasten. Da ist vielmehr ein großes und segensreiches Feld für die Entfaltung der Laiendienste. Beim Klerus sollte man jedoch aus den Erfahrungen des Beichtstuhls wie des Gemeindelebens die Erkenntnis reifen lassen, daß die katholische Ehemoral — und sei sie hundertmal mit dem Katechismus eingelernt — in den heutigen Lebensverhältnissen eine Anweisung zum außerordentlichen Leben ist, das gegen den Strom lebt und daher aller erdenklichen Ermutigungen bedarf. Wer in seiner Pfarrgemeinde lebendige christliche Ehen und Ehekreise pflegt, baut an den entscheidenden Stellen den mystischen Leib Christi auf, von wo aus die ganze Kirche sich erneuern kann. Viel wenden wir auf für Mission, für Priester- und Ordensberufe. Die Kirche von morgen wächst aus der christlichen Ehe, und die eheliche Treue ist der Mutterboden für jedwede Treue der Christen in Kirche und Welt. Die wahren christlichen Ehen sind heute der unscheinbare Orden, den die Kirche am nötigsten braucht. Sie sind die stärksten Zellen der Glaubensverbreitung unter der Masse der Lauen und Abständigen. Es ist daher gut und heilsam, daß die ganze Kirche oft für dieses große Anliegen betet.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Erster Bundeskongreß der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands

Nach dem 1. Ordentlichen Bundeskongreß der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) in Essen, vom 15.—17. Juni dieses Jahres, kann man die Frage beantworten, *wer* die Christlichen Gewerkschaften sind. Bernhard Winkelheide erstattete den Geschäftsbericht. Über die Organisation sagte er aus: Seit dem ersten außerordentlichen Kongreß in Bochum im November 1955 wurden 15 hauptamtlich besetzte Bezirkssekretariate und 14 nebenamtlich besetzte Sekretariate geschaffen. In 35 Bezirken sind 325 Ortsstellen zusammengefaßt. Bayern und Nordrhein-Westfalen haben Landesverbände gebildet. Der Landesverband NRW umfaßt 16 Bezirksverbände. Winkelheide bezeichnete diese Angaben als „die erste organisatorische Grundlage“. In den Organisations-

bericht gehört eine Aussage über die Mitgliederbewegung. Eine direkte Zahlenangabe wurde nicht gegeben. Man berief sich auf die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“, die von 25 000 Arbeitern gelesen werde. Der Schluß von der Leserzahl auf den zahlenden Mitgliederbestand ist dem Leser überlassen. Die Soziographie der Christlichen Gewerkschaftsbewegung entbehrt infolge dieser Tatsache noch einer echten Vergleichsgrundlage. Über die innere Zusammensetzung sagt die altersmäßige Aufgliederung etwas aus. Von den Mitgliedern sind:

| | |
|-----------------|--------|
| Unter 25 Jahre | 33 % |
| von 25—35 Jahre | 30 % |
| von 35—45 Jahre | 21 % |
| von 45—65 Jahre | 12,5 % |
| über 65 Jahre | 3,5 % |

Diese Aufgliederung ist kein bloßes Zahlenspiel. Wer am Kongreß teilnahm, konnte bestätigen, daß die jüngeren Jahrgänge weit überwogen. Es handelt sich um eine „Jugend-Bewegung“. Nach dieser Soziographie wäre es unberechtigt, in der christlichen Gewerkschaft von heute allein eine Erscheinung der Restauration zu sehen. Man weiß aus verschiedenen Kundgebungen des DGB, daß sein Verhältnis zur Jugend unter dem Zeichen einer Krise steht. Die jugendlichen Arbeiter, die zu den Christlichen Gewerkschaften gefunden haben, suchen eine ihrem Generationsdenken entsprechende Aktivität. Eine weitere statistische Angabe: Die Mitglieder sind zu einem Drittel aus anderen Gewerkschaften übergetreten, zu 70 % kommen sie aus dem Kreis der Unorganisierten. Diese Statistik läßt einen Schluß auf die geistigen Vorgänge zu: Nur ein Drittel hat den Weg zur Christlichen Gewerkschaft aus Gründen einer innergewerkschaftlichen Gewissensauseinandersetzung gefunden. Zwei Drittel suchen in den Christlichen Gewerkschaften überhaupt eine erste Möglichkeit gewerkschaftlicher Aktivität. Die Mitglieder der CGD sind in 2214 Betrieben beschäftigt. Von diesen Betrieben liegen 1747 in Nordrhein-Westfalen und 467 außerhalb von NRW. Der Schwerpunkt der CGD befindet sich in den hochindustriellen Gebieten (Ruhrgebiet) der Bundesrepublik.

Was der Geschäftsbericht über die unmittelbare Gewerkschaftsarbeit aussagt, beweist, daß die neue Gewerkschaft in den Fragen des Rechtsschutzes bereits eine erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Entscheidend wird sein, inwieweit die CGD sich in die Tarifpolitik einzuschalten vermögen. Grundlagen für eine Tarifpolitik wurden in einer eigenen Kommission erarbeitet. Es gibt hier einige Punkte, die von der Tarifpolitik des DGB abweichen. Die CGD möchten die Unabhängigkeit der Sozialpartner gegenüber der staatlichen Sozialpolitik unterstützen.

Was wollen die CGD?

Dem Bundeskongreß wurde ein ausführliches Programm vorgelegt. Die Teilnehmer beschäftigten sich in der Vollversammlung mit jedem Satz des Programmes. Johannes Even, der zum Ersten Vorsitzenden gewählt wurde (gleichberechtigte Stellvertreter sind Bernhard Winkelheide und Heinrich Voß), hob in seiner Ansprache die Schwerpunkte des Programmes heraus. Danach ergibt sich, daß die CGD in der Tarifpolitik großen Wert auf Betriebsvereinbarungen legen. Die Eigenverantwortung der Sozialpartner soll gestärkt werden. Der Streik ist nur als „letztes Mittel“ des Arbeitskampfes anzuwenden. Aber auch im Falle eines

Streikes sei noch das Gemeinwohl zu achten. Der Streik dürfe nicht auf Kosten sozial Schwacher durchgeführt werden. Even plädiert für „langfristige Tarifverträge“. Bekanntlich streben die Fachverbände des DGB nach möglichst kurzfristigen Tarifverträgen zur Ausschöpfung des Sozialproduktes. Die CGD streben eine Lohn-Ehrlichkeit an. In langfristigen Tarifverträgen sehen sie eine bessere Grundlage einer stabilen Preispolitik und der Sicherheit der Währung. Produktionssteigerung und Steigerung der Nachfrage müßten selbstverständlich in der Lohnpolitik beachtet werden.

Even betonte, daß die CGD die freiwilligen sozialen Leistungen des Betriebes bejahen, doch solle der Betrieb keine Aufgaben übernehmen, die anderen Lebensgemeinschaften vorbehalten sein müßten. Damit wird auf die Frage der Freizeitgestaltung und der Jugendbildung angespielt.

Die CGD fordern die 40-Stunden-Woche bei täglicher achtstündiger Arbeitszeit und vollem Lohnausgleich. Nachdrücklich setzen sie sich für die Sonntagsheiligung ein: „Sonntagsarbeit kann nur dann bejaht werden, wenn sie aus zwingenden betrieblichen Gründen und mit Rücksicht auf das Gemeinwohl unumgänglich ist.“ Die „gleitende Arbeitswoche“ wird eindeutig abgelehnt, auch wenn sie — nach einem Worte Evens — mit einigen materiellen Vorteilen für die Arbeitnehmer verbunden sei. Gegenüber dem immer wieder erhobenen Rufe, Frauen der industriellen Arbeit dienstbar zu machen, betonen die CGD, daß die außerhäusliche gewerbliche Tätigkeit der Frau und Mutter eine doppelte Belastung sei und daher auf ein Mindestmaß beschränkt werden müsse. Es müsse gefordert werden, Arbeitsplätze zu schaffen, die der Eigenart der Frauen angepaßt seien. Die Frau solle mit 60 Jahren rentenberechtigt sein. In der Frage der Jugend müsse man sich bewußt sein, daß es nicht nur um fachliche Ausbildung gehe, sondern ebenso um die menschliche und charakterliche Erziehung.

Familienpolitik wird als ein vordringliches Ziel christlicher Gewerkschaftsarbeit bezeichnet: „Die Gesellschaft von heute vergißt, wenn sie dieses Anliegen vernachlässigt, daß vor allem Kinderzahl und Qualität der Erziehung und Ausbildung von heute die Kulturhöhe und auch den Lebensstandard von morgen bestimmen werden. Freiheit und Eigenständigkeit der Familie erfordern familien-gemäße Wohnungen und Familieneigentum. Das Pendlerunwesen muß durch Berücksichtigung der Wohnungsfragen bei der Standortwahl neuer Industriewerke abgebaut werden.“

Even unterstreicht die Forderung, daß Eigentum der Arbeitnehmer nicht nur durch Konsumlohn erreicht wird. Möglichkeiten der Eigentumbildung sind: Eigenheime, Etageneigentum, Kleinaktien, Zertifikate, Miteigentum an fremden Unternehmen und am eigenen Betrieb. Die CGD sind der Ansicht, daß durch die Eigentumspolitik erst das gesetzlich geschaffene Mitbestimmungsrecht eine echte Grundlage erhält. Wörtlich sagte Even: „Die Mitbestimmung selbst haben wir wohl in der Gesetzgebung mitbeschlossen, wir dürfen sogar in Anspruch nehmen, daß sie ohne unsere Initiative gar nicht zustande gekommen wäre. Aber von ihrer Durchführung sind wir weitgehendst ausgeschaltet, da sich hier die Sozialisten zu 90 % das Monopol vorbehalten.“

Programmwurf und Programmrede von Even sagen gültig aus, was die CGD wollen. Selbstverständlich kann sich eine Gewerkschaft nur durchsetzen, wenn sie die poli-

tische Machtfrage zu klären vermag. Der stärkste Faktor für die Position der CGD ist ihre Unterstützung durch befreundete Verbände und Institutionen und durch die Internationale der Christlichen Gewerkschaften. Lebhaften Anteil am Kongreß nahm der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften von der Saar. Ihr Präsident, Peter Gier, steuerte wertvolles Erfahrungsmaterial bei. Die noch organisatorisch zu entwickelnde Verbindung mit dem Bruderverband an der Saar wird der Christlichen Gewerkschaft in der Bundesrepublik den machtmäßigen Tiefgang geben. Wesentliche Unterstützung erhalten die CGD vom Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften. Die Internationale war durch ihre Spitzenvertreter, auch der Berufs- und Fachverbände, vertreten. Der Generalsekretär Vanistendael sprach auf dem Kongreß über „Die Christliche Gewerkschaft und ihre Bedeutung für Europa“. Eine besondere Aufgabe dürfte den Christlichen Gewerkschaften im Falle einer Wiedervereinigung zufallen.

Mit dem Bundeskongreß in Essen ist die Gesamtproblematik der Christlichen Gewerkschaften noch nicht völlig geklärt. Immerhin liegt das fest, was man als ihr Selbstverständnis bezeichnen kann.

Was ist

Konservativismus? Die Abendländische Akademie und ihre 5. Jahrestagung

Im Sommer 1951 erschien von Dr. Gerhard Kroll, dem damaligen Schriftleiter der Zeitschrift „Neues Abendland“, in dem gleichnamigen Münchener-Verlag eine 150 Seiten starke Schrift „Grundlagen abendländischer Erneuerung“, in der sich der Verfasser bemühte, den Ursachen des neuzeitlichen Verfalls nachzuspüren und eine Utopie sozialer, kultureller und staatlicher Erneuerung vorzulegen. Die „Abendländische Aktion“, die sich unter seiner Initiative zu etwa der gleichen Zeit zusammenfand, übernahm wesentliche Gedanken und Anliegen dieses Manifestes in ihr Ordnungsbild, eine pointiert formulierte, neunzehnteilige Programmschrift. In München fanden in der Folge einige Vorträge und Ausspracheabende sowie eine große Kundgebung statt, doch ergab sich schon im Laufe etwa eines Jahres, daß der Name und die wohl damit verbundene Konzeption einer „Aktion“ für den lockeren Kreis von Menschen gleichen Anliegens, aber durchaus nicht gleicher Gesinnung, unrichtig war. Dr. Gerhard Kroll schied als Schriftleiter wie überhaupt in seiner Tätigkeit in diesem Kreis aus, und die „Abendländische Aktion“ hat seitdem effektiv aufgehört zu bestehen. An ihrer Stelle, aber nicht als Nachfolgeorganisation und wesentlich realistischer und umfassender durchdacht, wurde von einem Kreis angesehener und teilweise sehr hochgestellter Persönlichkeiten der Politik, der Kirchen und des kulturellen Lebens die „Abendländische Akademie“ gegründet und mit dem Sitz in München in das Vereinsregister eingetragen.

Angriffe gegen die Abendländische Akademie

In einem im Juli 1953 zum erstenmal erschienenen Programmheft der Abendländischen Akademie wurden „Wesen, Ziel und Organisation“ dargelegt. In der vor wenigen Monaten herausgekommenen Neuauflage 1956 ist der Wortlaut der Zielsetzung und der Satzungen völlig, die Liste der Vorstands-, Beirats- und Kuratoriumsmitglieder fast unverändert gleich geblieben. „Die Abend-

ländische Akademie will Menschen, die sich zum Geist des Abendlandes bekennen, eine Arbeitsstätte und eine sichtbare Heimat ihres gemeinsamen Bemühens zur Verfügung stellen...“ Seit 1952 fanden in München, St. Blasien, Karlsruhe, Kiel, Vlotho, Freising und Sterkenburg (Niederlande) etwa sechzig Vorträge und Tagungen mit umfassender Themenwahl statt, die durchweg sehr beachtet wurden. Vor allem gilt dies für die großen Jahrestagungen, die seit 1952 alljährlich in Eichstätt stattfinden: 1952 „Werte und Formen im Abendland“; 1953 „Der Mensch und die Freiheit“, 1954 „Staat — Volk — übernationale Ordnung“, 1955 „Das Abendland im Spiegel seiner Nationen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 392).

Gegen die Tendenzen und die Träger dieser Tagungen wurde nun im vorigen Jahr vom „Spiegel“ eine heftige Pressekampagne eröffnet. In seiner Nr. 33 vom 10. August 1955 wurden die St.-Ulrichs-Festwoche in Augsburg (!), die private Staatsutopie des Dr. Kroll und die heutige Abendländische Akademie willkürlich zusammengemischt und als Ziel konstruiert: „die Verfassung der Bundesrepublik im Sinne eines klerikalen, autoritären und monarchistischen Ständestaates möglichst unauffällig umzuwandeln“ und „einen Teil der in den Grundgesetzartikeln 1 bis 20 verbrieften Grundrechte abzuändern oder ganz aufzuheben“. Diesen Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit nahmen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik und — noch früher! — der Sowjetzone auf: die sozialistische Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“, die „Frankfurter Rundschau“ mit einem ganzseitigen Beitrag „Die Revolutionäre der Reaktion“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ mit einem dreispaltigen Artikel „Nebel über dem ‚Abendland‘“. Andere Zeitungen brachten Meldungen und „Tatsachenberichte“ der gleichen Tendenz. Anfang Dezember 1955 fragte ein SPD-Abgeordneter vor dem Bundestag, ob die Regierung eine Mitgliedschaft von Ministern in der Abendländischen Akademie, der monarchistische und antiparlamentarische Tendenzen nachgesagt werden, billige. Bundesinnenminister Schröder kündigte eine umfassende Untersuchung über deren Tätigkeit an. Am 15. Februar 1956 brachte der „Spiegel“ eine weitere Reportage „Abendländische Akademie — Wo hört der Unsinn auf?“. In einer Pressekonferenz der Abendländischen Akademie am 9. März 1956 in Bonn klärten der geschäftsführende Vorsitzende Georg Fürst von Waldburg-Zeil, Minister von Merkatz, Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger und Ministerpräsident a. D. Steltzer die Sachlage auf und beantworteten alle (teilweise recht scharfen) Fragen der anwesenden Journalisten. Frhr. von der Heydte, der bisherige Vorsitzende der Akademie, veröffentlichte in der „Deutschen Tagespost“ (29. Februar und 12. März 1956) zwei eingehende Darstellungen „Fälscher am Werk“.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, auf die vorgetragenen Vorwürfe einzugehen. Wir glaubten aber die vorstehende Dokumentation vorausschicken zu müssen, weil eine Zusammenfassung dieses Entwicklungsganges schon an sich von Interesse ist und auch der neuerlichen Eichstätter Tagung erst ihr ganzes zeitgeschichtliches Profil gibt.

„Konservative Haltung in der politischen Existenz“

Die geschilderten Vorgänge haben der Abendländischen Akademie insgesamt wohl mehr genützt als geschadet. Das Doppelthema „Konservative Haltung“ und „Konservative Politik“, das die Leitung für die diesjährige Ta-

gung vom 15. bis 17. Juni wählte, ist konkreter und weniger professoral geworden und dem Puls der Zeit viel näher gerückt. Auch das Interesse ist gewachsen; rund 250 Personen waren der Einladung gefolgt, ein sehr gemischtes und buntes Auditorium, aber mit einem erstaunlich hohen Anteil von jungen Menschen, insbesondere Studenten. Eichstätt, das „mittelfränkische Rom“, nahm sie wiederum auf, dessen Oberbürgermeister Dr. Hans Hutter von Anfang an Kuratoriumsmitglied und großzügiger Förderer der Abendländischen Akademie ist und zusammen mit den kirchlichen Behörden in einer einzigartigen Weise das ganze Barockstädtchen in den Dienst dieser Jahrestagungen stellt. Die Presse war recht zahlreich und teilweise sehr maßgeblich vertreten (vgl. insbesondere Winfried Martini in: „Münchener Merkur“, 23. Juni, Walter Görnitz in: „Die Welt“, 20. Juni, sowie den „Rheinischen Merkur“, 29. Juni, die „Schwäbische Landeszeitung“, 20. Juni, „Salzburger Nachrichten“, 23. Juni). Es ist hier nicht der Raum, die vier Vorträge auch nur angemessen zu resümieren. (Der Verlag Neues Abendland, München 38, Tizianstraße 90, wird wie immer einen wörtlichen Tagungsbericht herausbringen.) Die „konservative Haltung in der politischen Existenz“ behandelten nacheinander Landesbischof a. D. Wilhelm Stählin, Rimsting, und Professor Dr. Pater Gustav Gundlach SJ, Rom. Bischof *Stählin* distanzierte sich (wie es die Abendländische Akademie ihrem Wesen nach überhaupt tut) von politischen Tagesfragen, fixierte aber die menschliche Existenz schon in sich und immer als ein Politikum. Bei einer konservativen Haltung gehe es nicht um irgendwelche Grundsätze oder gar taktische Überlegungen, sondern um eine gesamt-menschliche Haltung, ein inneres Lebensgesetz. „Con-servare“ bedeute, etwas dadurch zu bewahren und zu retten, daß man es in seinem Zusammenhang erhält. Zu bewahren gelte es aber immer nur den Menschen in seiner Existenz, nicht irgendeinen Zustand, nicht das physische Leben, sondern das *Heilsein* des Menschen. „Es kann im tiefsten Sinn konservativ sein, das Leben zu opfern und also im Untergang konservativ zu sein; wenn dies um des Heiles willen notwendig ist.“ Konservative Haltung ist zunächst bedroht durch den Irrtum der bloßen Beharrung. „Das Leichengift abgelebter Zustände hat der schein-konservativen Haltung einen üblen und gefährlichen Geruch gegeben... Der echten konservativen Haltung ist die Kühnheit mehr verwandt als die aus Angst geborene Treue.“ Der ebenso gefährliche Irrtum von der anderen Seite ist der Aberglaube des bloßen Fortschritts. „Fort-Schritt‘ verrät in unserer Sprache, daß man nicht weiß, wohin man schreitet; es geht nur fort von dem, was gewesen ist, einerlei wohin... Wer nicht beides zugleich ist, ganz altmodisch und revolutionär kühn, der ist nicht im echten Sinn konservativ.“ Als an die unumstößlichen Elemente erinnerte Bischof Stählin an die Zehn Gebote, an Ehe und Familie, an die mit-menschliche Verantwortung in den überschaubaren kleinen Gemeinschaften. Konservative Haltung ist bezogen auf Gott und seine Schöpfungsordnung. „Was hält die Herrschaft des Teufels und damit die Selbsterstörung der Menschheit auf? Das ist unsere Frage und das ist unsere Verantwortung.“

Diese — wie Stählin sagte — durchaus „lutherische“ Rede (der Bischof gehört zum engsten Vorstand der Abendländischen Akademie und wurde auch schon bei den vier vorausgegangenen Jahrestagungen als Referent begrüßt)

fand den ungeteilten Beifall auch der katholischen Zuhörer und der hohen Geistlichkeit. Das gleiche war umgekehrt der Fall mit dem — obgleich sehr scholastischen und sehr anspruchsvollen — Referat von Professor *Gundlach* SJ. Nach einer Abrechnung mit Hegel, dem dialektischen Materialismus und dem Existentialismus definierte Gundlach (und er legt großen Wert auf diese Definition): Konservativ ist die Haltung, die es dem Menschen ermöglicht, als Person immer sein konkretes Dasein zur Ganzheit zu führen. Damit ist ausgesprochen die menschliche Rolle des Führens, des Vorsehens in Analogie zur Vorsehung Gottes und in der Transzendenz zum Unendlichen hin und die Offenheit gegenüber den anderen konkreten Menschen im personalen Geben und Nehmen. Der Mensch ist im echten, metaphysischen Sinn Erbe und Ahne zugleich. Konservative Haltung zielt auf das Sein des konkreten Menschen in Gesellschaft und Geschichte. „Wer dieser Haltung zum Sein menschlicher Existenz die Bewahrung irgendeines Wie-Seins vorzieht, ist nicht konservativ — er ist konservativistisch.“ (Hier mag angemerkt sein, daß das Wort „Konservat(iv)ismus“ von den meisten Sprechern auf der Tagung überhaupt nicht, von anderen nur sehr behutsam mangels eines anderen Substantivs gebraucht wurde. In diesem Sinne möge man es auch in unserem Bericht verstehen.) Die politische Idee konservativer Existenz ist nicht die radikale Diesseitigkeit, sondern eine menschliche Diesseitigkeit, „die das Jenseits wirklich hineinstellt in unser Diesseits“. „Der Liberalismus ist am Ende. Die Menschen glauben alle diese Dinge nicht mehr recht, und eine große Müdigkeit hat sich ihrer bemächtigt. Sie wollen nichts vom Fortschritt hören und von der Selbsterlösung, nichts mehr wissen von diesem Automatismus, der uns schließlich einem riesigen großen Glück zuführt, wenn wir uns nur fügen den Gewalten der Dinge.“ So stehe der moderne Mensch vor der Entscheidung, ob er das Jenseits wieder in sein Diesseits hereinnehme.

Konservative Haltung und christliches Menschenbild

Die beiden genannten Referate wie die beiden folgenden waren in keiner Weise aufeinander abgestimmt oder gar gleichgeschaltet; ein Diskussionssprecher hat sich später daran gestoßen und glaubte sogar Widersprüche herauszulesen. Empörter Protest des Auditoriums quittierte diese Bemerkung. Bei aller erfreulichen Unabhängigkeit und Selbständigkeit ergab sich in sämtlichen Beiträgen eben doch eine Gemeinsamkeit gerade in den wesentlichen Zügen: Konservative Haltung zielt auf die Freiheit der menschlichen Person, auf das Sein der Schöpfungsordnung und ihre Gesetze, nicht aber auf irgendwelche Zustände. Sie verlangt zugleich das radikale Ernstnehmen von Gesellschaft und Geschichte und die Bezogenheit auf Gott. Sie fordert Verantwortung, Askese und Opfer. So ist das Konservative ein wesentliches Element der Haltung, die das christliche Menschenbild und der christliche Glaube aus sich heraus fordern.

In einer zum Ende der Tagung formulierten und vorgelegten Zusammenfassung heißt es:

„Die technische, wirtschaftliche, soziale und ideologische Entwicklung hat mit dem Anbruch des Atomzeitalters einen Punkt erreicht, an dem die Gefahr der völligen Aushöhlung des Menschen und der Zerstörung der Erde dazu zwingt, sich auf Rettungsmöglichkeiten zu besinnen... Wir sind überzeugt, daß gerade die konservative Haltung berufen ist, diese tödliche Bedrohung abzuwenden.“

Konservative Haltung steht jenseits aller parteipolitischen Begriffe und Bindungen. Sie hat mit Reaktion und Restauration nichts zu tun und ist als Aufgabe jeder Generation neu gestellt. Was bewahrt werden soll, ist der lebendige, wirkliche Mensch in dem Gefüge seines Lebens — in Familie, Beruf, Gemeinde- und Staatsverband.

Auch ein demokratisches Gemeinwesen kann ohne Autorität nicht leben. Autorität aber kann nicht gemacht werden; sie muß sich durch Vorbild und Dienst an der Gemeinschaft immer neu beglaubigen.

Konservative Haltung wendet sich gegen alle Ideologien . . . Nur wer sein Leben unter Gottes Gebot stellt, kann Herr über sich selbst und damit über die Dinge sein. Nur so ist menschliche Gesellschaft in Freiheit und Würde möglich. Der Mensch ist für die geschaffene Welt verantwortlich. Er nimmt Erbe und Last der Vergangenheit an und hat den Mut, die Zukunft neuzugestalten . . .“

Politische Forderungen

Das Thema „Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik“ hatten Bundesminister Dr. Hans-Joachim Merkatz und (anstelle des zunächst vorgesehenen Ministers a. D. Prof. Dr. Adolf Süsterhenn) der innenpolitische Redakteur des „Rheinischen Merkur“, Paul Wilhelm Wenger, übernommen. Minister Merkatz gab nach einem geschichtlichen Abriss und einer Distanzierung gegenüber jeder ideologischen „Weltanschauung“ einen Überblick über die vielfältigen politischen Probleme des heutigen Massenzeitalters, eine — wie er selbst sagte — „säkulare Vision“. Er schloß sehr optimistisch: „Heute ist die Stunde konservativen Denkens und Handelns gekommen!“

P. W. Wenger brachte ein „brillantes Feuerwerk“ (Dr. Jaeger) von satirisch zugespitzten Anklagen gegen die modernen Wirtschaftswundermenschen, wenn er etwa von einem „Lemurengeschlecht elektrisch beleuchteter Barbaren“ sprach, von Motorradfahrern gleich „Meldegängern Mephistos“ oder von gewissen Volksschulen zur Aufzucht von „idiotischen Parteidepten“. Ihm gebührte aber auf der Tagung immerhin das Verdienst, nach der ausgezeichneten und natürlich vorgängigen grundsätzlichen Besinnung das gleichfalls dringend erwartete Element konkreter politischer Forderungen hereingebracht zu haben. Nach prinzipiellen Ausführungen über das Wesen der Konservativen — „Schöpfungsordnung, Naturrecht, historische Tradition, politische Erfahrung, anti-ideologischer Protest schlechthin“ —, die sich eng an die übrigen Beiträge angeschlossen, waren dies seine Forderungen: Kampf gegen die Vermassung in künstlichen Superstädten und gegen die Aufblähung anonymer Großbetriebe; systematische Dezentralisierung; Abzweigung von Industrieüberschüssen für die Landwirtschaft; Schaffung ergänzender Verfassungsorgane (Senate) zur geheimen Beratung, d. h. echter Ratsgremien von Führungsautoritäten aus den Bildungsständen, aus Wirtschaft, Gewerkschaft und Kirchen; Beseitigung der plebiszitären Außenpolitik; neue Formen des Völkerrechts unter Anerkennung der ethischen Solidarität und des Gleichrangs der einzelnen Staaten (ganz ähnliche Forderungen bei von Merkatz, der das Ende des Nationalismus betonte); regionale Föderationen innerhalb der weltumfassenden Organisationen; Verstärkung der überparteilichen Stellung der Staatsoberhäupter; Stärkung der Kompetenzen der Gemeinden; direkte und langfristige Volkswahl der Bürgermeister; staatsbürger-

liche Inpflichtnahme der Jungbürger; Beseitigung des Steuer- und Rentenschungels und Ermäßigung der direkten Verbrauchssteuern; Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe; Sicherung von Nahrung, Wohnung und Kleidung in der Sozialreform; Familienlohn des Mannes, Ecklohn des Arbeiters erst mit der Familiengründung; Transportverteilung auf die Eisenbahn zur Entlastung des Straßennetzes; Schul- und Universitätsreform, besserer Jugendschutz, Erziehung zur Selbstbeschäftigung, zum einfachen Leben, zum Gartenbau, zur absoluten Heiligung des Sonntags.

Die Diskussion

Die Diskussionen wurden geleitet von Bundestagsvizepräsident Dr. Richard Jaeger (der auch die Festrede in einer gemeinsam mit der Stadt Eichstätt veranstalteten Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit hielt) und Prälat Professor Dr. Michael Schmaus. Substantielle Beiträge kamen vor allem von zwei Publizisten. Dr. Emil Franzel, Schriftleiter der Zeitschrift „Neues Abendland“ (er „führte die klarste Sprache“, „Frankfurter Allgemeine“), wies darauf hin, daß sich Konservative niemals gleichschalten lassen und deshalb keine Partei gründen könnten. Bei ihnen gehe es um Kreise von gleichgesinnten Menschen. Nachdem die CDU ihre Stunde seit 1953 versäumt habe, gelte es jetzt auch in Stunden der Prüfung durchzuhalten. „Es werden die Mutigsten sein, die die Welt erobern.“ Winfried Martini, der Autor des Buches „Das Ende aller Sicherheit“, sprach von der „grundsätzlichen Wende der Demokratie zum totalen Staat“, weil eine Identität von Regierenden und Regierten bestehe und der Sozialstaat immer mehr gleichbedeutend werde mit Interessenstaat. Um einen Ort für diese Privatinteressen zu schaffen, nannte er das Stichwort „Ständestruktur“ und traf hier sofort auf den kategorischen Widerspruch des evangelischen Rechtslehrers Dr. Hans Dombois. (Professor Gundlach versuchte in seinem Schlußwort auszugleichen, indem er an den Unterschied zwischen „Ständestaat“ und „ständischer Ordnung“ erinnerte.) Daneben kamen vor allem noch osteuropäische Exilpolitiker zu Wort, die in der Abendländischen Akademie schon seit ihrem Anfang den geeigneten Ort für ihre Anliegen sehen und die zugleich die Menschen des Westens daran erinnern, daß das „Abendland“ nicht an der Elbe zu Ende ist.

Dienst am Menschen — Jahrestagung der Katholischen Rundfunkarbeit in Deutschland 1956

Vom 3.—5. Juli versammelten sich in Stuttgart Kirchenfunkleiter und Diözesanbeauftragte sowie die Beauftragten bei den Sendern, Männer vom Rundfunk und Fernsehen gemeinsam mit den Bischöfen Karl Josef Leiprecht, Rottenburg, Wilhelm Kempf, Limburg, und dem Referenten der Bischofskonferenz für Rundfunk und Fernsehen, Weihbischof Walter Kampe, Limburg, zur diesjährigen Jahrestagung der katholischen Rundfunkarbeit in Deutschland. Die Tagung stand unter dem Thema: Dienst am Menschen. Die zwei öffentlichen Vorträge hielten Philipp Dessauer, München („Die Technik zwischen Anfang und Ende der Welt“), und Anton Böhm, Köln („Die Existenzgewohnheiten des Menschen in der technischen Welt“). Sowohl die theologische Exegese Dessauers wie die soziologische Analyse Böhms beantworteten die Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Technik weitgehend negativ. Es fiel der Gesprächsgemeinschaft, der im Anschluß an die beiden

Vorträge die Aufgabe gestellt war, Möglichkeiten für einen positiven Gebrauch der Funkmittel zu erarbeiten, nicht leicht, sich von dem dunklen Hintergrund zu lösen, den die beiden Referate gezeichnet hatten.

Dennoch wurden solche Möglichkeiten, die den Vormarsch des technizistischen Geistes aufhalten könnten, von der Gesprächsgemeinschaft erarbeitet. Sie lassen sich mit folgenden Stichworten umschreiben:

1. Der Funk solle keine Stoffe behandeln, die in sich schlecht bzw. sittenwidrig sind (z. B. Fragen der Insemination);
2. Er soll auf Stoffe verzichten, die, wiewohl an sich nicht inhuman, nicht in die Öffentlichkeit gehören (z. B. der Vorgang einer schmerzlosen Geburt im Fernsehen);
3. Der Funk muß seine Benutzer aus der passiven Verbrauchersituation lösen; er muß stärker aktivieren, anregen, anleiten, Daseinshilfen schaffen (vor allem im Kinder-, Jugend- und Schulfunk: Wie bastelt, spielt, turnt man? Wie pflegt man Geselligkeit u. ä.);
4. Er muß stärkere Hilfen geben, wie und von wem Sendungen zu hören (und zu sehen) sind;
5. Das Fernsehprogramm darf nicht ausgeweitet werden. Besser sei ein zweites Programm, das mit dem ersten gleichzeitig abläuft;
6. Der Funk muß gegenüber allen Angriffen, vor allem solchen der Wirtschaft, aber auch anderer Interessengruppen, seine Freiheit bewahren. Sie ist die Voraussetzung zur Durchführung einer verantwortbaren Volksbildung.

Erfahrungsberichte von Rundfunkseelsorgern

Die wichtigste Frage dieser Tage, die die Versammlung zu klären hatte, ging um das Verhältnis von Funk und Seelsorge. In einem Kurzreferat zeigte Stadtpfarrer Hermann Breucha, Stuttgart, Eigenarten und Grenzen der Rundfunkseelsorge auf. Seelsorge als geistlicher Dienst am Menschen ist an Wort und Sakrament (im Raum der versammelten Gemeinde) gebunden. Diese direkte Seelsorge ist unersetzbar. Der Funk, der religiös unterweist, hilft und befreit, kann nicht mehr als ein Hilfsmittel sein. Seine Wirkung wird um so größer sein, je mehr seine Aktionen vom Gebet begleitet sind. Der Rundfunkseelsorger erreicht einen weiteren Kreis als die Verkündigung von der Kanzel. Sein Wort ist sowohl ein privates wie ein öffentliches. Dabei bleibt das Rundfunkgespräch immer ein einseitiges Gespräch. Alle persönlichen Fragen, die vom Hörer zurückkommen, können durch den Rundfunk nicht beantwortet werden. Sofern diese Fragen — was häufig der Fall ist — typische Fragestellungen des modernen Menschen sind, ergeben sich für den Funk neue Möglichkeiten anzusetzen. Die Kunst des Sprechers ist es, Wahrheiten zu vermitteln, die den Menschen existentiell angehen, nicht nur theoretisch-dialektisch. Diskretion gegenüber allen Fragen, die gestellt werden, ist die Voraussetzung für das Vertrauen zum Rundfunkseelsorger, ohne das religiöse Funkarbeit fruchtlos bleibt.

Aus seiner Praxis als Rundfunkseelsorger erzählte dann Pfarrer Adolf Sommerauer, Evangelische Akademie Tutzing. Sommerauer hatte vor Jahren beim Bayerischen Rundfunk eine Sendereihe eingeführt, die sich „Fragen und Antworten“ nennt. Die Leute schrieben ihm, was sie bewegt, und er antwortete. Sein erstes Fazit auf Grund der Brieffragen lautet: Auf keinem Gebiet ist die Vermassung und Vereinfachung so groß wie auf dem Gebiet

des Glaubens. „Jeder ist heute sein eigener Religionsstifter.“

Die Briefe kamen anfangs sehr spärlich. Das Vertrauensverhältnis zwischen Hörer und Rundfunkseelsorger wächst also nur langsam. Es braucht Zeit. Daher ist es besser, wenn die Sendungen in der Hand des gleichen Pfarrers bleiben. Seit langem schon hat Pfarrer Sommerauer einen gleichmäßigen und gleich starken Briefeingang. Sein zweites Fazit lautet: Man muß von dem fragenden Menschen immer mehr wissen, als dieser von sich selbst weiß.

In einem kleinen Exkurs behandelte Sommerauer die Frage: Wie ist die Durchschnittshaltung des Klerus (katholisch wie evangelisch) bezüglich möglicher Themen im Funk? Sommerauer hat festgestellt, daß Geistliche am liebsten moraltheologische, „praktische Lebensfragen“ behandeln, nur selten hingegen Glaubenswahrheiten. Er hält das für ein Symptom eines auch im kirchlichen Bereich nicht ganz fremden „praktischen Materialismus“.

Die Hörerschaft — oder genauer diejenigen, die Pfarrer Sommerauer schreiben — setzt sich zur Hälfte aus Katholiken, zur anderen Hälfte aus evangelischen Christen zusammen. Auf Grund seiner Erfahrungen stellt er als drittes Fazit fest: „Die Konfession spielt für den Hörer keine Rolle. Spezifisch konfessionelle Fragen haben im Rundfunk keine Chancen.“ Arbeiter schreiben im allgemeinen wenig, Bauern nie. Das bedeutet nicht, daß Arbeiter und Bauern an den religiösen Sendungen weniger interessiert seien als andere Berufsstände. Auf diesem Wege, sagt Sommerauer, erfährt man vom Hörer vieles, was für die andere Konfession blamabel ist. Aber, so fügt er hinzu: „Man darf das nicht ausnutzen“, und: „Man darf keine Konvertiten machen, auch dann nicht, wenn es sehr leicht wäre.“

Die wichtigsten Themen, die Pfarrer Sommerauer bis heute behandelt hat, lauten: Ehe, Kindererziehung, Schicksal, Barmherzigkeit Gottes, Jüngstes Gericht, Dummheit der Christen, Auferstehung, Feuerbestattung, der Heilige Geist, Spiritismus, Astrologie, Kriegsdienstverweigerung, Selbstmord u. a. Von allen Fragen, die die Hörer immer wieder stellten, standen an erster Stelle: praktische Ehenöte, und — anscheinend *das* Thema unserer Zeit: der unverständliche, unbegreifliche, harte Gott (4. Ergebnis).

Was kann die Sendung bringen? Wie soll sie es bringen? Sommerauer hat festgestellt: Je genauer man auf eine gestellte Frage in der Sendung eingeht, um so größer ist die Resonanz. „Man kann viel mehr bringen, als man denkt.“ Man muß jedoch immer unterscheiden zwischen wirklichen Fragen und einer „Scheinproblematik um Gott“ (von sogenannten „Quizenthusiasten“ im kirchlich-religiösen Bereich: „Mal sehen, was der Pfarrer darauf zu antworten weiß“).

Viele Schreiber leiten ihre Briefe ein: „Mein Pfarrer hat keine Zeit“ — ohne jedes Ressentiment, ohne Vorwurf. Das gilt sowohl für evangelische wie katholische Briefschreiber. Sommerauer fügte hinzu, auch er könne nicht alle Briefe beantworten, zumal die Leute mit allen möglichen Fragen und Bitten sich an ihn wenden, wenn erst einmal die Vertrauensbasis geschaffen ist.

Clemens Weis, Karlsruhe, ergänzte diese Erfahrungen aus katholischer Sicht. Weis führt seit dem 1. Januar d. J. im Süddeutschen Rundfunk eine ähnliche Reihe durch („Herr Pfarrer, was sagen Sie dazu?“). Die Sendereihe ist aufgeteilt zwischen dem katholischen und evangeli-

schen Geistlichen. Die Resonanz ist bisher gut, wenn sie auch mit der Pfarrer Sommerauers — wegen der relativ wenigen Sendungen bisher — nicht zu vergleichen ist. Weis glaubt, daß die Situation der katholischen Fragesteller anders als die evangelischer Christen ist. Die Briefe, die er bisher erhalten hat, geben meist eine Konfliktsituation wieder. Im allgemeinen handelt es sich katholischerseits um ein Zerwürfnis mit der kirchlichen Autorität. Dazu kommen Anfragen über kirchliche Strafen. Weis muß diese Strafen, vor allem Exkommunizierungen, analysieren und erklären. Er muß die heute ständig steigende Zahl der Exkommunizierten auch den anderen Christen als einen „neuen Stand der Büsser innerhalb der Kirche“ hinstellen und deuten.

Weis wies weiter auf folgende Punkte hin: Man muß sich bei dieser Tätigkeit immer ihres Öffentlichkeitscharakters bewußt sein. Die Sendung kann mißbraucht werden. Der Wert dieser Sendung hängt nicht zuletzt mit davon ab, inwieweit das gesamte Sendeprogramm dem Menschen dienlich ist. Es sollte sich immer auch unter pastoralen Gesichtspunkten vertreten lassen. Rundfunkseelsorge innerhalb eines solchen Programms hätte dann die besondere Aufgabe, Gewissen zu bilden.

Das Problem der Verkündigung heute

Diese Erfahrungsberichte gaben die Grundlage für das folgende Gespräch ab. Ein „Manager des Funks“ — wie er sich selbst nannte — stellte fest: Der Kirchenfunk macht den Männern des Funks Sorge. Sie sind mit ihm nicht zufrieden. Es herrscht hier — wie auch bei vielen überzeugten Christen — ein „Unbehagen gegenüber den Regelformen der Verkündigung“. Dazu kommt die eigene Hilflosigkeit gegen den praktischen Ungläubigen und „Randchristen“, an die sich der Rundfunk vornehmlich richtet. Zweierlei ist für unsere Zeit bemerkenswert: ein ungeheuerliches Anwachsen des Zweifels und eine existentielle Unfähigkeit, die Wahrheit anzunehmen (nicht nur im religiösen Bereich). Gegenüber diesen beiden Erscheinungen heißt es die Glaubensverkündigung im Rundfunk überfordern, wenn man von ihr eine Meisterung dieser Situation erwartet.

Dennoch muß man die Frage stellen: Wie kann man weiterkommen? — Die Sendungen leiden einmal unter einem gewissen Formalismus, der zur Folge hat: kaum jemand nimmt auf (der Diskussionsredner sagte unter weitgehendem Einverständnis der Zuhörer von der landläufigen Sonntagspredigt: „Formeln von geradezu idealer Wirkungslosigkeit für die Christen“); die Sendungen sind ferner zu subjektiv (hier lautete der Vergleich — auch im Hinblick auf die Sonntagspredigt: „gute Schülerleistungen, erweitert um persönliche Erfahrungen“). In Zukunft müßten in den religiösen Sendungen verstärkt das Persönliche und das Objektive zu Wort kommen. Persönlich heißt in diesem Zusammenhang: von der Sache selbst durchdrungen sein; objektiv: sorgfältiges Ausarbeiten, stärkere Faktenvermittlung, Berichte. Gerade der Rundfunk biete hierbei methodisch zahlreiche Möglichkeiten. Der Wert und Erfolg der Rundfunkseelsorge — das war die Meinung aller — hängt weitgehend von der Persönlichkeit des Sprechers ab, der, durchdrungen von dem, was er vorträgt, einen besonderen Sinn für die Fragen und Probleme des modernen Menschen hat und ihm als wissender Bruder (auch „verhaltene Autorität“ wurde abgelehnt) begegnet und hilft.

In der Frage: An wen soll man sich in der Rundfunkseelsorge (und Seelsorge) wenden?, zeichnete sich folgende Meinung ab: keine Unterscheidung machen zwischen „Elitechristen“ und „Randchristen“. Auch die Christen, die als „gute Christen“ gelten, stehen heute am Rande. Die Ansprache müsse heute so gehalten werden, als ob sie sich an Außenstehende wende, dann treffe sie richtig in die „Mitte“.

Konferenz über Fastenerziehung in Gerleve

Wie der Bischof von Eichstätt, Joseph Schröffer, kürzlich äußerte, wird der deutsche Episkopat auch in der nächsten Fastenzeit sein besonderes Anliegen entschieden vertreten, daß nämlich der Anbruch einer neuen Zivilisation von einer vertieften Fastengesinnung der katholischen Christen getragen werden müsse. Es besteht, so meinen die Bischöfe, ernste Gefahr, daß sich im allgemeinen Wandel der Lebensformen nicht nur die Weise zu fasten ändert, sondern daß die Fastengesinnung selbst, die für die persönliche Aszese und Heiligung wie für die Rettung der Welt so unentbehrlich ist, dahinschwindet. Aus dieser Besorgnis heraus wurde der gemeinsame Fastenhirtenbrief 1956 „Gegen den praktischen Materialismus“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 277) geschrieben.

In der Benediktiner-Abtei Gerleve bei Münster fand sich kürzlich zum Studium dieses Phänomens eine Konferenz religiös, wissenschaftlich und sozial Interessierter zusammen. Man wollte nicht nur analysieren, sondern Möglichkeiten der Überwindung erkennen und Gegenwirkungen vorbereiten. Die Arbeitstagung wurde von Oberstudiendirektor Ellbracht, Hamm, geleitet und hatte sich die Vorbereitung der Fastenerziehungsaktion 1957 zur Aufgabe gesetzt, nachdem schon 3500 Seelsorgestellen in der Bundesrepublik sich 1956 in diesem Sinne mit großem Eifer beteiligt und die katholische Presse und Publizistik sich verantwortungsvoll und fördernd eingeschaltet haben. Um in der Ausgangsposition dem Thema „Zur Dämonie des praktischen Materialismus“ gerecht zu werden, versuchte Erich Reisch, Freiburg i. Br., in seinem einleitenden Vortrag das unverkennbare materialistische Ethos unserer gesamten bürgerlichen Welt von einem geistesgeschichtlichen und soziologischen Blickpunkt her deutlich von allen anderen Erscheinungsformen des Materialismus abzuheben, der ja nun einmal eine Weltanschauung der regelmäßigen Wiederkehr bedeute. Der metaphysische Materialismus eines Demokrit habe aber für die naturwissenschaftliche Forschung wertvolle Grundlagen entwickelt, der kritische des Abbé Gassendi sich gegen gnostische Schwärmerei gewandt, der ethische des Epikur habe keine Breitenwirkung gehabt; er blieb auf kleine Kreise Gebildeter beschränkt. Heute hat sich nicht nur die Skala der Genüsse verbreitert und verfeinert, es hat sich die Genußsucht auch auf weiteste Schichten der westlichen Welt ausgedehnt, wobei aber das Ethos des Lebensgenusses nicht allein existent ist, sondern von andern Strömungen her sich speist. Vom Aufklärungsmaterialismus Lametries und der Enzyklopädisten und dem Kathedermaterialismus der Feuerbach, Büchner, Vogt, Moleschott und Haeckel führt der Weg zum Vulgärmaterialismus der sozialistischen Arbeiter, und es entsteht eine massiv-materialistische Denkweise selbst im Bauerntum. Daneben gibt es so etwas wie einen „technischen Materialismus“ des Ingenieurs, der der Faszination von Maschine und Motor erliegt und oft nicht mehr fähig ist, Lebendiges zu lieben.

Der Vortrag von Prof. Wilhelm *Heinen*, Münster, ließ erkennen, wie der Seelsorger bei der inneren Verfassung der heutigen Menschen feinere moralpsychologische Kenntnisse unbedingt braucht, nicht als Allheilmittel, wohl aber als ein Hilfsmittel gegenüber den Hindernissen einer wirksamen Pastoration. Er zeigte, wie Menschsein ein „Sein in Entbehrungen“ auch in einer Welt der gesteigerten Produktivität und des erhöhten Lebensstandards bleibe. Das Kind entbehre die Liebe der Eltern, der Jugendliche das Verstehen der Erwachsenen, der Erwachsene die Erfüllung hochgespannter Erwartungen. Je mehr der Mensch an grundlegenden Werten entbehren müsse und je weniger er diese Entbehrungen innerlich verarbeite, um so mehr werde er aus dem Unbewußten dazu getrieben, sich für diesen Mangel einen Ersatz zu besorgen. Das Mangel-erlebnis sei das Entbehren Gottes. Es spielt in dem snobistischen Gebaren unserer neureichen Gegenwart eine entscheidende Rolle. Es kommt heute schon bei Kindern und Jugendlichen darauf an, ihnen frühzeitig den Überschnitt vom Entbehren zum Verzicht zu ermöglichen, um jenen Fehlentwicklungen vorzubeugen, die die Öffentlichkeit dann erschrecken. Im Verzicht erreicht und gewinnt der Mensch aus dem Mangel-erlebnis die Möglichkeit zur Reifung. Denn wer sich dazu durchringen kann, eine Entbehrung innerlich zu akzeptieren, sich mit einem Mangel-erlebnis positiv auseinanderzusetzen, der vertieft dadurch sein Menschsein.

Es gibt verschiedene Formen des Verzichtes, die jedoch alle das Entbehren umwerten und überhöhen. Der Verzicht führt zur inneren Freiheit und Unabhängigkeit von Geltung und Besitz. Er schenkt dem Menschen das große Freiheitserlebnis, nach dem vor allem der Jugendliche sich so sehnt. Eine richtig aufgefaßte Anleitung zum Verzicht sei deshalb ein wichtiges Mittel der Pädagogik. Der Verzicht könne sich zeigen im Dienste der Selbstläuterung, aus Liebe zu den Mitmenschen oder aus einem Angleichungsstreben an die anderen, die ebenfalls „mit entbehren“ müssen. Wer auf einen Wert verzichtet, bedarf jedoch einer Kompensation auf anderen Gebieten, wenn er nicht unter dem Verzicht leiden und einseitig werden will. Die höchste Form des Verzichtes sei das Opfer.

Daran schloß sich der Vortrag über „Askese und Persönlichkeitsbildung“ von Abt *Buddenburg* OSB, Gerleve, an. Aus Verzicht und Opfer komme die bewegende Kraft, ein Leben mit Christus zu führen. Es gehe beim Menschen um mehr als ein humanitäres Ideal vom Menschen. Es gehe darum, einfach in Christus zu leben und zu sein, also nicht um den Edelmenschen, nicht um den Übermenschen, sondern um den Christumenschen, d. h. den Menschen, dessen inneren Anfang Christus durch den Heiligen Geist immer und in allem setzt. Dennoch bleibe bestehen, daß die Erde ein Tal der Tränen sei. Leid, Schmerz, Verzweiflung und Not werde es immer geben. So sei heute mehr denn je der Auftrag der Kirche, nicht nur ihre Aufgabe in der Verkündigung der Gebote Gottes zu befolgen, sondern mit all ihren Möglichkeiten die Menschen in das Lebensgesetz Christi hineinzunehmen. In ihrer Abtötung gehe es nicht um eine Abtötung der Triebe, sondern um den Grundsatz des heiligen Johannes: „Christus muß wachsen, ich aber muß abnehmen“, weil nur so jenem Höchstmaß christlichen Daseins zugestrebte werden kann und jener höchste ethische Imperativ des Christseins gehört werden kann, den Christus in die Worte

faßt: „Seid vollkommen, wie Euer Vater im Himmel vollkommen ist.“

Als letzter von den Vortragenden gab Prof. *Dreißien*, Aachen, seine Darlegungen über die christliche Dialektik des Kreuzes, wie sie in Schrift und Liturgie sich findet. Es gibt kein Zeichen, das so wesentlich und erschöpfend das Geheimnis des Christentums enthüllt und verhüllt wie das Kreuz. Lebenslinie und Todeslinie sind in ihm untrennbar verbunden, aber die Lebenslinie die senkrechte, die von unten nach oben strebt, dominiert. Sie wird im christlichen Bereich zum Symbol der Auferstehung mit Christus. Wer dem Kreuz den Querbalken nehmen will, der die Bewegung des Fallens bezeichnet, der vernichtet das Kreuz und verzichtet auf Christus. Aber ebenso wichtig ist es, daß christliche Askese in ihren mannigfachen Formen niemals losgelöst wird von ihrem letzten Sinn der Auferstehung und Vollendung mit Christus. Es ist für den österlichen Geist der Kirche charakteristisch, daß sie uns das Gedächtnis des Herrn in der heiligen Messe nicht begehen läßt als einen allwöchentlichen Karfreitag, sondern als ein allwöchentliches Ostern am Sonntag. Der Tod ist ein Tor, und niemand bleibt im Tor stehen, sondern er durchschreitet es zum Leben hin und zur Freude.

Die Ausführungen und Überlegungen, die die Konferenz von Gerleve so wertvoll machten, konnten hier nur kurz angedeutet werden. Sie werden aber noch vor Ende dieses Jahres gedruckt vorliegen, so daß sie der Fastenerziehung praktisch dienen können. Eigene Priesterkonferenzen in diesem Sinne sind bereits in der Erzdiözese München angesetzt. Sie werden voraussichtlich auch in einer ganzen Anzahl weiterer Diözesen stattfinden.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

**Der Papst
an Bundeskanzler
Adenauer**

Anläßlich des Rombesuches des deutschen Bundeskanzlers empfing Papst Pius XII. am 5. Juli Dr. Konrad Adenauer in offizieller Audienz. Der Heilige Vater hatte zunächst ein 40 Minuten dauerndes Gespräch mit dem Kanzler. Anschließend empfing er Bundesaußenminister Heinrich v. Brentano zu einem Gespräch, das 15 Minuten dauerte. Darauf empfing der Papst die gesamte deutsche Delegation und richtete an sie folgende Ansprache:

„Wir sind beglückt, Sie, hochgeehrter Herr Bundeskanzler, inmitten einer so erlesenen Schar aus den Kreisen der Regierung und Volksvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Unserem Hause begrüßen zu können.

Wenn die Führung der Staatsgeschäfte immer eine ernste und schwere Aufgabe ist, so war sie es für Sie, Herr Kanzler, in den sieben Jahren, in denen Sie Ihres Amtes walteten, in doppeltem und dreifachem Grad. Es wird wohl wenige Beispiele in der Geschichte geben, daß ein Volk und Staat sich aus einem vernichtenden Zusammenbruch in so kurzer Zeit wieder emporarbeitete, wie es Ihr Volk und Staat nach dem letzten Weltkrieg tat. Wenn ein solcher Aufstieg selbstverständlich hochwertige Eigenschaften im Volk voraussetzt, so wäre es doch unmöglich gewesen ohne eine überlegene Führung gerade dem Ausland gegenüber, dessen Vertrauen und dessen Bereitschaft, Deutschland wieder Gleichberechtigung zuzuerkennen, es sich erst von neuem Schritt für Schritt erobern mußte. Hier, Herr Kanzler, liegt Ihr ganz persönliches Verdienst.

Es liegt nicht zuletzt darin, daß Ihre Treue zu Deutschland und Ihre Treue zur Europäischen Gemeinschaft ein unlösliches Ganzes bildeten. Wir freuen Uns, dies in der erhebenden Stunde, die Ihr Besuch Uns bereitet, aussprechen zu können.

Gewiß ist noch nicht alles erreicht: Nicht einmal alle seelischen Wunden sind ausgeheilt, die der Krieg auf der einen wie auf der anderen Seite geschlagen hat. Noch harret Ihr Vaterland der Lösung brennender Fragen, der Bereinigung von Verhältnissen, die eine fast übermenschliche Belastung darstellen. Wir empfehlen dem deutschen Volk diesen Fragen und Verhältnissen gegenüber den Ausgleich von Zähigkeit, Weitblick und Geduld, mit denen Wir in den vergangenen Jahren seinen Kanzler an solche Probleme herangehen sahen. Ungeduld ist keine gesunde Atmosphäre zur Meisterung politischer Aufgaben, zumal wenn sie internationalen Charakter tragen. Gerade Deutschlands Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg belegt, welches nationale Unglück diejenigen im politischen Raum bedeuten, die nicht warten können.

Wir Unsererseits wünschten, es möchten die östlich der Bundesrepublik offenen Fragen Schritt für Schritt behandelt werden mit dem Ziel einer Gesamtlösung, die alle beteiligten Staaten und Familien billigerweise als tragbar empfinden, und die so die Grundlage für einen echten Frieden bietet. Es tat Uns immer wohl, wenn Wir ähnliche Stimmen auch aus dem Munde Ihrer Staatsmänner hörten.

Wir waren lange genug in Deutschland und hatten seit nunmehr fast 40 Jahren Uns beruflich so eingehend mit Dingen Ihres Landes zu befassen, daß Wir es wagen dürfen, zu sagen, wie gebieterisch dort die geistigen, religiös-sittlichen Werte heischen, in den Vordergrund gerückt, geschützt und gepflegt zu werden, soll nicht die Überwucherung des Materiellen auch das deutsche Volk um das Beste seines Wesens bringen. Unter diesem Gesichtspunkt erhält das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Kirche und Staat eine besondere Bedeutung. Wenn der Kirche immer so sehr an ihm gelegen hat und liegt, dann zunächst deshalb, weil sie ihren Gläubigen, den katholischen Staatsangehörigen, eine friedliche Betätigung ihrer religiösen Überzeugung in der Familie, der Erziehung, der Schule und den anderen Bezirken des Gemeinschafts- und Berufslebens gesichert sehen möchte. Die Kirche weiß aber auch, daß damit gleichzeitig und wie von selbst dem gesamten Volk und Staat ein starker Strom jener sittlichen Kräfte zufließt, ohne die deren Bestand einfachhin in Frage gestellt wäre.

Was Ihr Land angeht, wo die Beziehungen zwischen den beiden höchsten Gewalten durch ein Konkordat geregelt sind, können Wir Uns darauf berufen, daß die deutsche Geschichte Jahrhundert für Jahrhundert die Wahrheit Unserer Worte bezeugt. Und für die letzten Jahrzehnte glauben Wir, daran erinnern zu können, wieviel Halt und Kraft, wieviel versöhnender Ausgleich zwischen gefährlichen Extremen auch der katholische Volksteil Ihrem Vaterland in guten und noch mehr in bösen Tagen gewesen ist. Möge jenes glückliche Verhältnis zwischen Kirche und Staat zu beider Wohl unversehrt und ungemindert weiterbestehen.

In dieser Hoffnung bitten Wir Sie, hochgeehrter Herr Kanzler, dem Herrn Bundespräsidenten verehrungsvollen Gruß und dem ganzen deutschen Volk innigste Segenswünsche von Uns zu überbringen.“

Der Papst über die Bedeutung des Verlegers im Kampf gegen Schmutz und Schund

Vom 4. bis 11. Juni tagte in Florenz und Rom der XIV. Kongreß des Internationalen Verlegerverbandes. Die Teilnehmer der Tagung wurden am 10. Juni vom Heiligen Vater in

Audienz empfangen und in einer kurzen Ansprache begrüßt. Der Papst wies auf das Interesse hin, das die Kirche von jeher dem Buch entgegengebracht hat, zumal sie ja die Hüterin und Interpretin des Buches der Bücher, der Bibel, ist. Unter den Themen der Tagung hob er besonders das des Kampfes gegen die Schund- und Schmutzliteratur hervor.

„Dieser Gegenstand ist von Ihnen vom beruflichen und rechtlichen Gesichtspunkt her angegangen worden, denn die Schundliteratur stellt eine unehrenhafte Konkurrenz dar, gegen die eine wirksame und allgemeingültige gesetzliche Schranke errichtet werden muß. Aber“, so fuhr der Heilige Vater fort, „Sie werden, so glauben Wir, gern die Gründe hören, die Uns veranlassen, die Verwirklichung einer derartigen Aktion lebhaft zu wünschen. Diese Gründe entspringen der Bedeutung des Buches und der Art, wie es auf die Geister wirkt. Ausführlicher und leichter assimilierbar als das plastische Werk, bildet das Buch in den modernen Zivilisationen eines der wichtigsten Verbreitungsmittel der Ideen.

Schon bevor es zur Schule geht, schaut sich das Kleinkind Bilderbücher an, deren Erinnerung es manchmal sein ganzes Leben lang begleiten wird; man hat recht, den ersten Eindrücken, die das Kind empfängt, große Bedeutung beizumessen, und die durch das Buch sind nicht die geringsten. Wolle Gott, daß seine klaren Augen auf schöne Bilder fallen, daß seine Phantasie und sein Gedächtnis mit schönen Geschichten genährt werden, die, ohne albern zu werden, der Frische seiner Seele angepaßt sind. Und warum sollte man nicht für es, anstatt ihm oft törichte Phantasiegeschichten anzubieten, einige der wunderbaren Geschichten der Bibel, dieses Schatzes an Menschlichkeit und Poesie, illustrieren und kommentieren?

Das Schulkind braucht Schulbücher. Das ist einer der Zweige des Verlagswesens, in dem man am meisten Geschmack, Wissen und Erfindungsgabe aufgewandt hat. Glückliche Kinder, die in jungen Jahren gut zusammengestellte, gut gedruckte und gut illustrierte Bücher besitzen. Voraussetzung ist allerdings, daß die Wahrheit darin stets und in jeder Hinsicht respektiert wird; daß auch auf die Empfindlichkeit ihres Gewissens und auf die Aufnahmefähigkeit ihrer Intelligenz Rücksicht genommen ist, gemäß der bekannten Maxime: ‚Maxima debetur puero reverentia‘ (Juvenal, Satiren, 14, 47).

Wenn die Höheren Schüler und Studenten die unverkürzten Texte in die Hand bekommen, sollen sie es nicht wahllos und ohne Führung tun, denn sie sind noch nicht vollkommen geformt.

Die Erwachsenen selber dürfen nicht glauben, daß ihnen alles erlaubt ist. Selbst wenn der Glaube es ihnen nicht zur Pflicht machte, das mütterliche Einspruchsrecht der Kirche auf diesem Gebiet anzuerkennen, würde ihnen doch das Naturgesetz verbieten, ohne entsprechend schwerwiegende Gründe die Szenen von Lastern mitzuerleben, in denen gewisse Werke ihren traurigen Reiz suchen. Der Käufer findet sich oft einer Bücherauslage wie der einer beliebigen anderen Ware gegenüber: seine Wahl ist dem Zufall überlassen, auf Grund des Titels, der Ankündigung des Umschlags, der Buchreihe, des Namens des

Verfassers, manchmal nur auf den Namen des Verlegers hin, denn es gibt Gott sei Dank Verlage, in denen nichts gedruckt wird, das nicht eben dadurch schon garantiert und in Ordnung wäre; doch im allgemeinen kennt der Leser die Absichten des Verfassers nicht. Und dieser, ob er nun unterhalten oder überzeugen will, verfügt über eine subtile Kunst, die sein Partner nicht immer beizeiten zu durchschauen, zu beurteilen und zu überwinden vermag. Man kann sich tatsächlich nicht damit entschuldigen, daß man sagt, der Leser sei frei: die Partie ist meist zu ungleich, zumal wenn das Spiel des Autors nicht ganz fair ist. Es geht mit einer gewissen Art von Literatur wie mit Rauschgift: Gegen den Rauschgifthandel sind mit Recht vom Gesetz die schwersten Strafen vorgesehen, denn die gefährliche künstliche Erregung, die Rauschgift hervorruft, verwirrt und lähmt manchmal vollkommen die höheren Fähigkeiten, so daß dadurch eine dauernde Unordnung, ein künstliches Bedürfnis krankhafter Art, manchmal bis zur wahren Besessenheit, entsteht.

Wenn es in der Medizin Fälle gibt, wo der Gebrauch eines gefährlichen Mittels erlaubt ist, so doch nur unter der Verantwortung des Arztes. Ebenso verhält es sich mit Werken, die nicht für alle da sind oder die für alle eine Gefahr bilden, jedoch mit dem Unterschied, daß jeder Mensch eine natürliche Neigung zum Bösen hat, gegen die unermüdlich anzukämpfen und vor der sich zu hüten sein eigenes Gewissen ihm zur Pflicht macht. Und um die geistigen und sittlichen Folgen einer einfachen Lektüre zu verstehen, ist es wichtig, sich des Mysteriösen bewußt zu sein, das die geheime Bahn, die geheime Entwicklung der Ideen und Bilder in der Seele umgibt; was der Geist einmal registriert hat, bleibt in ihm als Ferment des Lebens oder des Todes und kann ebenso Ursprung einer neuen Freude an den geistigen Werten wie Beginn innerer Zersetzung und tiefer Verwundung werden.

Die Achtung vor dem Leser einerseits und vor der Wahrheit und Sittlichkeit andererseits machen es dem Verleger zur ersten Pflicht, seine Verantwortung abzuwägen, wenn er im Begriff ist, mit den modernen Mitteln des Drucks auf die öffentliche Meinung ein Werk unter das Publikum zu lancieren, das die Geister beeinflussen kann. Nicht nur die Meisterwerke üben Einfluß aus; es gibt auch all jene Werke, die die oft unbekannteren oder uneingestanden Wünsche der Menge ansprechen. Ein skrupelloser Kaufmann kann sie ausbeuten; ein Mann von Ehre wird sich davor tapfer hüten.

Demgegenüber gibt es auch eine positive Aufgabe, die geleistet werden kann, und wir wissen, daß gesunde und glückliche Initiativen auf diesem Gebiet von Erfolg gekrönt sind. Die Verleger können an der Quelle von sozialen, intellektuellen, spirituellen Bewegungen stehen, und einige jener heute so verbreiteten „Reihen“ stehen schon wie eine Armee aufgereiht in den Schaufenstern und Bibliotheken, eine friedliche Armee, die den Menschen dienen will, gegenüber anderen, die sie nur ausnutzen und die sie schließlich entehren. Die größte Originalität eines Verlegers bestünde zweifellos darin, das zu finden, was das Publikum auf dem Gebiet des Wahren, des Schönen und des Guten am meisten braucht, die Talente, die diesem tiefen Bedürfnis der Seelen zu entsprechen vermögen, zu entdecken und zu ermutigen und schließlich die Leser zu befriedigen, indem man ihnen die für alle Tage gültige geistige Nahrung in der anziehendsten und solidesten Form gibt. Das muß, so hoffen wir, Ihr Ideal sein.“

**Der Papst
an die Verteiler
in der Lebensmittel-
produktion**

Bei einem Empfang, den der Heilige Vater am 23. Juni den Teilnehmern am III. Internationalen Kongreß der Lebensmittelverteilung gewährte, hielt

er an sie eine Ansprache, in der er die Bedeutung und die Probleme der Lebensmittelverteilung skizzierte. Der Wirtschaftsredakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nannte in seinem Bericht über den Kongreß (7. Juli 1956) diese Ansprache einen meisterhaften und ausgefeilten Fachvortrag und fügte hinzu, er sei vielleicht das Beste gewesen, was auf dem Kongreß zu hören gewesen sei. Der Papst betonte die Wichtigkeit der immer engeren Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen, die in der Lebensmittelverteilung arbeiten, der Produzenten und Verteiler, der Grossisten und der Einzelhändler und dieser letzteren untereinander. „Diese Zusammenarbeit“, fuhr Pius XII. fort, „ist einesteils notwendig als unmittelbare Folge der technischen Entwicklung, die die Massenproduktion und die Spezialisierung der Aufgaben mit sich gebracht hat, und andererseits als Antwort auf die berechtigten Wünsche der Einzelnen, nicht dem Druck der großen Unternehmen zu erliegen und, soweit wie möglich, ihre Unabhängigkeit und Initiative zu bewahren.“

„Die Zeiten sind also endgültig vorbei, wo der Händler seine Funktion isoliert und allein als Quelle persönlichen Gewinns betrachten konnte und sich eben dadurch einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf ausgeliefert sah. Heute hat zu Recht die Idee des sozialen Nutzens, des wirklichen Ertrags einer Tätigkeit in Beziehung zu allen anderen den Vorzug, und die Verbesserungen, die zur erfolgreichen Durchführung der Verteilung eingeführt werden, haben alle das gleiche Ziel im Auge: den tatsächlichen Dienst an der Allgemeinheit zu steigern.“

„Sie haben im einzelnen untersucht, wie sich die neuen Ansichten in der Praxis auswirken. Der seiner Verantwortung bewußte Grossist kümmert sich heute um das Interesse des Einzelhändlers wie um sein eigenes; er hilft ihm mit allen Mitteln, über die er verfügt: Rat, Informationen, technische Unterstützung, Finanzierung, Reklame. Der Einzelhändler seinerseits begreift den Vorteil dessen besser, was Sie „Freiwillige Ketten“ nennen; häufig hängt geradezu die Existenz seines Unternehmens daran, und er wird gern einen Teil seiner Unabhängigkeit opfern, um auf der andern Seite eine gesteigerte kommerzielle Aktivität zu gewinnen; der Gedanke der Konkurrenz beginnt seinen negativen Sinn zu verlieren — den des Gegensatzes und des mehr oder weniger schädlichen Kampfes —, um nur noch den positiven und notwendigen des Wettewiters zu bewahren: in vielen Punkten treffen die Sorgen der Einzelhändler zusammen, und die Errichtung von Shopping Centers, die eine gemeinsame Aktion zur Steigerung des Absatzes und die Organisation von Kollektivdiensten gestatten, beweisen das.“

Nachdem der Heilige Vater auf die Mitarbeit auch des Kunden, z. B. in den Selbstbedienungsgeschäften, hingewiesen hatte, fuhr er fort:

„Es versteht sich von selbst, daß diese Verschiebung zugunsten der Zusammenarbeit parallellaufend eine Stärkung des moralischen Sinns und des Verantwortungsgefühls jedes einzelnen erfordert: was auf dem Spiel steht, ist nicht Erfolg oder Mißerfolg eines Einzelnen, sondern in viel höherem Grad als früher die gute Funktion des gesamten Handelssystems und folglich die Hebung des Lebensstandards der Völker...“

Praktische Überwindung der Rassenfrage

Die katholische Kirche erkennt keinen Unterschied der Rassen in ihrer Würde als Menschen und Christen an. Das hat sie in letzter Zeit durch einige sehr sichtbare Regelungen unter dem Klerus wiederum bewiesen.

In Rom sind vier junge chinesische Geistliche, die dort ihre Studien abgeschlossen haben, aber nun wegen der in China herrschenden Kirchenverfolgung nicht in ihre Heimat zurückkehren können, in der Seelsorge der Stadt eingesetzt und vier römischen Pfarreien als Kapläne beigegeben worden. Ebenso wurden in Genua vier aus China geflohene chinesische Diakone von Kardinal Erzbischof Siri in der Kathedrale der Stadt zu Priestern geweiht. Daß auch in Deutschland und Österreich chinesische Priester in der Seelsorge tätig sind, ist ja bekannt.

Umgekehrt wurden in Belgisch-Kongo durch den Erzbischof von Brazzaville für das mittlere Kongogebiet zum erstenmal zwei europäische Geistliche einem schwarzen Priester unterstellt: Msgr. Bernard ernannte Hochwürden Theophil Bemba zum Pfarrer von Unserer Lieben Frau von Bacongo und gab ihm die weißen Priester Grosseney und Masserey als Kapläne zu Hilfe.

Interessengruppen, die im Namen der Kirche sprechen...

Die französische Hierarchie hat in letzter Zeit mehrere Male Anlaß gehabt, sich dagegen zu verwahren, daß christliche Laiengruppen ihre Ansichten in

einer Weise kundgeben, als sei es die Kirche selber, die hier rede. Die Anlässe sind dabei für uns weniger wichtig, die kirchliche Mahnung dagegen reicht weit über diese Anlässe hinaus. „Katholiken unterschieben ihre Meinung leicht der Hierarchie und schaffen dadurch eine gewisse Unordnung“, erklärte der Erzbischof von Bourges. Einer dieser Anlässe war die Kampagne, die von einem Teil der französischen Katholiken gegen die Wochenzeitung „Témoignage Chrétien“ geführt wird (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 314). Gewisse katholische Kreise waren an den Erzbischof von Bourges, Msgr. Lefebvre, herangetreten mit der Forderung, er möge den Verkauf der Zeitung an der Kirchentür untersagen. Msgr. Lefebvre veröffentlichte daraufhin eine Note, in der er erklärte, es handle sich hier um eine weitgespannte Intrige mit genau ausgeklügelten Maßnahmen zur Vernichtung von „Témoignage Chrétien“. Der Versuch, nun auch noch den Episkopat dafür einzuspannen, verkenne die bischöfliche Autorität und behindere sie in ihrer Amtsausübung. „Dagegen verwahren wir uns mit Nachdruck. In jeder Diözese hat nur der Bischof über die Reinheit der Lehre zu entscheiden...“ Der Erzbischof beklagt gewisse Positionen von „Témoignage Chrétien“, weist aber darauf hin, daß die Zeitung dabei sei, ihre Haltung zu revidieren, und daß es eine Verfehlung gegen die Liebe wäre, sie gerade in diesem Moment fallen zu lassen. Der Erzbischof fährt dann fort:

„Mit schmerzlichem Erstaunen stellen wir die Leichtigkeit fest, mit der gewisse Katholiken sich mehr oder weniger die Rolle der Hierarchie anmaßen, um in Fragen der christlichen Lehre ihren Brüdern Ratschläge und Richtlinien zu geben.

Dergleichen ärgerliche Initiativen kommen von allen Seiten. Noch kürzlich, und mehrere Male, haben Mitglieder eines ‚Comité civique‘, dessen genaue Zusammensetzung wir nicht kennen, sich der Presse bedient, um ihre Meinung als Christen über sehr ernste Fragen abzugeben.

Ihre mit bemerkenswerter Selbstsicherheit abgegebene Ansicht traf keineswegs — insbesondere was die Notwendigkeit der christlichen Schule betrifft — mit der ausdrücklichen Unterweisung des Papstes zusammen, zu deren Echo sich die Gesamtheit des französischen Episkopats zweimal gemacht hat...“

Erzbischof Lefebvre betont dann nochmals, daß in Dingen der Lehre nur die Hierarchie zuständig ist und nur so die Einheit gewahrt werden könne. In kommunistischen Ländern, in denen die Kirche verfolgt werde, sei es immer die erste Sorge der Gegner gewesen, die Gläubigen von ihren Hirten zu trennen. Das bedeute nicht, daß sie zeitlichen Dingen gegenüber auf ihre persönlichen Neigungen und auf das Recht, diese zur Geltung zu bringen, verzichten müßten. Aber es sei wichtig, daß ihre erste Sorge immer die Erhaltung der Einheit sei. „Diese Einheit ist nach dem Willen des Herrn der Episkopat, dessen einziges Haupt und unzerreißbares Band der Papst als Stellvertreter Christi ist.“

In einer anderen Angelegenheit noch mußte der französische Episkopat auf den Vorrang seiner Stellungnahmen bestehen. Die Kirchenzeitung von Lyon weist darauf hin, daß häufig Leute, die durchaus wohlgesinnt sein mögen, Priester um ihre Unterschrift unter Erklärungen zu Ereignissen bitten, zu denen die Hierarchie bereits Stellung genommen hat. „Meist sind die gleichen Ereignisse bereits Gegenstand offizieller Erklärungen der Hierarchie gewesen. Darum werden die Mitglieder des Klerus aufgefordert, solche Texte, wenn sie ihnen vorgelegt werden, nicht zu unterzeichnen. Diese Weigerung braucht keineswegs eine Mißbilligung zu bedeuten, aber es ist besser, sich allein an die offiziellen Erklärungen der Hierarchie zu halten.“ (Es handelt sich hier vermutlich um Erklärungen zu den algerischen Ereignissen und den Einberufungen für den Einsatz in Nordafrika, wozu sich die Hierarchie ja ausführlich geäußert hat; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 181 f., S. 361 f., S. 405.)

Die Wahlen in den Niederlanden Am 13. Juni fanden in den Niederlanden die Wahlen zur Zweiten Kammer des Parlaments (Unterhaus- bzw. Bundestagwahlen) statt. Bei einer auch für holländische Verhältnisse hohen Wahlbeteiligung — von den knapp über 6 Millionen Wahlberechtigten gingen 93,6% zur Urne, eine Auswirkung der obligatorischen Wahlpflicht — entschieden sich rund 1872000 Wähler für die sozialistische Partei der Arbeit und rund 1815000 Wähler für die Katholische Volkspartei.

Gegenüber den beiden größten Parteien des Landes, Partei der Arbeit und Katholische Volkspartei, ist der Abstand aller anderen Parteien beträchtlich. Die Abgeordnetensitze verteilen sich auf Grund des niederländischen Proporzsystems wie folgt:

| | 1956 | 1952 |
|--|------|------|
| Partei der Arbeit | 34 | 30 |
| Katholische Volkspartei | 33 | 30 |
| Anti-Revolutionäre Partei (Kalvinisten) | 10 | 12 |
| Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Liberale) | 9 | 9 |
| Christlich-Historische Union (Protestanten) | 8 | 9 |
| Kommunistische Partei | 4 | 6 |
| Reformierte Staatspartei | 2 | 2 |

Die neue, nach westdeutschem Vorbild gegründete Partei der „Nationalen Union“, die sich für freie Marktwirtschaft einsetzt und von Katholiken und Protestanten getragen wird, blieb genauso wie die extrem rechtsgerichtete „Niederländische Oppositionsunion“ mit ihren nur geringen Wählergewinnen auf der Strecke.

Der Ausgang der Wahlen kam für alle Parteien überraschend. Nach dem für niederländische Verhältnisse sehr scharfen Wahlkampf der beiden führenden Regierungsparteien hatte man mit leichten Gewinnen beider Parteien gerechnet, mit ziemlicher Sicherheit jedoch angenommen, daß die Katholische Volkspartei diesmal die Sozialisten überrunden würde. Wie erinnerlich (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 166), hatten sich am 9. Oktober vergangenen Jahres die beiden katholischen Parteien des Landes, die KVP und die Katholische Nationale Partei des ehemaligen Kolonialministers Welters, wieder vereinigt. Die KVP konnte also mit Recht hoffen, bei den diesjährigen Wahlen die Stimmen der jetzt aufgelösten zweiten katholischen Partei, die in der letzten Legislaturperiode über zwei Sitze in der Zweiten Kammer verfügte, für sich zu gewinnen, zumal die Partei der Arbeit in den letzten drei Jahren mit den in ihr vereinten weltanschaulichen „Arbeitsgemeinschaften“ ernste Schwierigkeiten hatte. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Denn größer noch als der Stimmenzuwachs der KVP war der der Sozialisten. Wenn auch die politische Einheit der Katholiken in den Niederlanden für den ausländischen Beobachter imponierend ist — bei insgesamt 36,86 % katholischer Stimmberechtigter (von allen Stimmberechtigten) gaben 1952 28,66 und in diesem Jahr 31,69 % ihre Stimme der großen katholischen Partei —, so hat doch die Fusion der beiden katholischen Parteien der KVP nicht nur Stimmen gebracht, sondern vermutlich auch gekostet. Das zeigt die katholisch-protestantische Neugründung der Partei der „Nationalen Union“, die allerdings nur knapp 29 000 Stimmen auf sich vereinen konnte. In die gleiche Richtung scheint auch noch ein anderes überraschendes Ergebnis zu weisen.

Wie KNA (14. 6.) berichtet, erhielt die KVP bei den Provinzialwahlen 1954 in den überwiegend katholischen Provinzen von Nord-Brabant und Limburg 82 % aller abgegebenen Stimmen, jetzt hingegen nur 78,6 %. In Limburg nahmen die Sozialisten um 5 % zu. In Nord-Brabant verlor die KVP 2 % ihrer Wähler, während die Sozialisten einen Zuwachs von 3 % für sich verbuchen konnten. Dem muß man freilich hinzufügen, daß die KVP gegenüber den Parlamentswahlen von 1952 in Limburg ebenfalls um über 3 % zugenommen hat.

Die „Siegesfreude“ der Sozialisten über diesen „Einbruch“ in die „katholischen Bastionen“ war natürlich gewaltig. Sie verkündeten — wie KIPA (26. 6.) berichtet —, die Katholiken hätten das Mandament der Bischöfe von 1954 ignoriert (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 514), das die Katholiken zur politischen Einigkeit aufruft und sie vor einer Parteinarbeit für die Sozialisten warnt. Auch manche niederländische Katholiken teilten nach den Wahlen diese Meinung. Daher beauftragte man zwei Statistiker, Delfgaaw und Massize, die Ursachen für den Limburger Wahlausgang zu untersuchen. Die Wissenschaftler stellten fest, daß die Migrationsbewegung in Limburg die Bevölkerungsstruktur der Provinz erheblich verändert hat. Die Zahl der Nichtkatholiken ist hier um das Dreifache gestiegen. 1948 gaben 10 % der Katholiken ihre Stimmen

Nichtkatholiken, 1952 noch 9,1 und jetzt nur noch 8,7 %. Stellt man diese Zahlen neben die oben genannten, die die politische Einheit der niederländischen Katholiken so eindrucksvoll dokumentieren, so läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß „trotz allem“ die politische Einheit unter den Katholiken gewachsen ist — was nicht zuletzt eine Auswirkung des Hirtenschreibens von 1954 ist.

Das Wahlergebnis stellt, als Ganzes betrachtet, ein eindeutiges Vertrauenszeugnis der Bevölkerung für die seit zehn Jahren bestehende sozialistisch-katholische Regierung (in der freilich auch die kleineren Parteien fast immer vertreten waren) dar. Beide haben sich auf Kosten der protestantischen Parteien — und selbstverständlich der Kommunisten, die seit 1945 laufend Einbußen erlitten — weiterhin gefestigt. Die Entwicklung zu einem Zweiparteiensystem wird auch in den Niederlanden immer deutlicher. Wie Karl Josef Hahn in „Wort und Wahrheit“ (Juni 1956, S. 46) dargelegt hat, sind die wichtigsten Nachkriegsprobleme dank der Einträchtigkeit der Regierungspartner gelöst. Die wesentlichsten sozialen Forderungen sind erfüllt. Über die außenpolitische Linie besteht Einigkeit unter allen Parteien (die Kommunisten natürlich immer ausgenommen). Die Indonesienfrage hat jede Aktualität verloren. Die Kulturpolitik bietet wenig Möglichkeiten zu Reibereien. (Die konfessionellen Schulen werden seit Jahrzehnten vom Staat subventioniert und scheiden als Politikum aus; lediglich für die katholischen Universitäten sind die staatlichen Subventionen sehr niedrig — zur Zeit 70 000 Gulden jährlich bei einem Defizit der katholischen Hochschulen im gleichen Zeitraum von über 500 000 Gulden.)

Ungelöst bleibt für das Land das Wohnungsproblem (einschließlich der Frage einer weiteren Mietpreiserhöhung) und das Lohn-Preis-Problem, über das die Meinungen zwischen den in Richtung „Wohlfahrtsstaat“ orientierten Sozialisten und den stärker berufsständisch inspirierten Katholiken auseinandergehen. Diese möchten jetzt den „Staatsdirigismus“ in wirtschaftspolitischen Fragen allmählich stärker eingedämmt sehen. Daß derartige Fragen sehr wohl zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die soziale Ordnung des Landes führen können, haben die letzten Auseinandersetzungen um die allgemeinen Lohnerhöhungen im Frühjahr dieses Jahres erkennen lassen.

Katholische und Anglikanische Schule in England Die Kirchenversammlung der anglikanischen Kirche hat mit großer Mehrheit entschieden, in den nächsten 25 Jahren 40 000 Pfund jährlich zur Aufrechterhaltung von 2500 staatlich unterstützten anglikanischen Schulen aufzubringen. Dieser Betrag von insgesamt einer Million Pfund soll aus Investitionen bereitgestellt werden; weitere zwei Millionen Pfund werden benötigt und sollen von anglikanischen Diözesen und Pfarreien gesammelt werden. Der neue Erzbischof von York, Dr. Ramsey (der der anglo-katholischen Richtung nahesteht), befürwortete die Entscheidung der Kirchenversammlung. In einer Korrespondenz, die die „Times“ über die Lage der anglikanischen Schulen veröffentlichte, wurde mehrfach das Beispiel der katholischen Schulpolitik zitiert und darauf hingewiesen, daß die anglikanischen Schulen in höchster Gefahr seien.

Tatsächlich sind die zu rettenden 2500 Schulen etwa die Hälfte von jenen, die es noch bei Kriegsende gab. Seit

1943 mußten die Anglikaner jährlich durchschnittlich 93 Schulen schließen. In den letzten zehn Jahren sind mehr anglikanische Schulen geschlossen worden, als katholische Schulen eröffnet wurden. Verglichen mit den zwei Millionen Pfund, die die Anglikaner in den nächsten 25 Jahren aus eigener Tasche zusammenzutragen hoffen, um ihre verbleibenden Schulen zu retten, haben die Katholiken in England 120 Millionen aufzubringen, die jedoch ganz aus Anleihen und Geldsammlungen in den Kirchen gewonnen werden müssen. Von diesen 120 Millionen Pfund werden jedoch nur 65 Millionen Pfund für die Schulen benötigt. Der restliche Betrag repräsentiert die Zinsen, die die Anleihen erfordern. Jede der großen katholischen Diözesen allein, z. B. Westminster, Birmingham, Liverpool, ist in ihrer Schulpolitik finanzielle Verpflichtungen eingegangen, die mehr als den Gesamtbetrag der von den Anglikanern geforderten drei Millionen ausmachen. Daß die katholische Kirche in England auf dem Wege ist, bald allein auf dem Erziehungsfeld zu stehen, wird aus der Tatsache ersichtlich, daß sie mit ihren 240 Mittelschulen heute an erster Stelle steht, während die Church of England auf 178 zurückgefallen ist.

Aus der totalitären Welt

Chronik der polnischen Kirchenverfolgung

Der Aufstand in Posen am 28. Juni 1956 ist niedergeschlagen worden. Er hat nach Meldung der polnischen Nachrichtenagentur PAP 48 Menschen das Leben gekostet. 270 Personen wurden verwundet. Die Zahl derjenigen, die ihn mit ihrer Freiheit bezahlt haben, ist noch nicht bekannt. Wie in Berlin vor drei Jahren, so waren es auch dieses Mal Industriearbeiter, in der Hauptsache Arbeiter des volkseigenen Betriebes ZISPO, die mit den Straßendemonstrationen begannen und nach kurzer Zeit die Maschinengewehre der „Arbeiter- und Bauernmacht“ auf sich gerichtet sahen. Das geschah unter den Augen zahlreicher Ausländer, die zu der mit großem Aufwand vorbereiteten Internationalen Posener Messe gekommen waren. Daß dieses Ereignis die Wahl des Termins für den Aufstand mitbestimmt hat, ist wohl nicht zu bezweifeln.

Die Augenzeugen berichten übereinstimmend, daß man ihnen die allgemeine Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen als die eigentliche Ursache des Aufstandes bezeichnet habe. Das offizielle Kommuniqué bestätigt diesen Eindruck; denn es sagt, unter den Arbeitern habe eine gewisse Unzufriedenheit über Verzögerungen in der Erfüllung ihrer Lohnansprüche geherrscht. Deshalb hätten sie zu dem Mittel einer Straßendemonstration gegriffen. Diese sei aber erst durch das Dazwischentreten „bereitgestellter Gruppen von Provokateuren in eine Erhebung gegen die Macht der Volksregierung“ verwandelt worden.

Wenn das richtig ist, hat der Aufstand gezeigt, daß in Polen bewaffnete Widerstandsgruppen existieren, die mit Leichtigkeit eine Demonstration der Arbeitermassen in einen Aufstand verwandeln konnten. Wie die polnische Nachrichtenagentur selbst mitteilt, richtete sich die Volkswut vor allem gegen den Sitz der Parteibehörde. Nach Augenzeugenberichten wurde auch der Posener Störsender demoliert.

So hat sich erwiesen, daß gerade die bevorzugte Volksschicht der städtischen Industriearbeiter, in der das Regime die eine der zwei Säulen seiner Volksdemokratie er-

blickt, für eine revolutionäre Erhebung gegen dieses Regime anfällig war. Die Regierung selbst spricht von einer Erhebung.

Es ist kaum anzunehmen, daß die Beteiligten sich über den Ausgang ihres Unternehmens im unklaren waren, selbst wenn sie mit geheimen Sympathien innerhalb der bewaffneten Macht von Heer und Polizei gerechnet hätten. Anscheinend verhielten diese sich tatsächlich so zurückhaltend, daß auswärtige Truppen aufgeboden werden mußten. Trotzdem war der Aufstand ein Ausdruck der Verzweiflung.

Es mag sein, daß diese Stimmung hauptsächlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihren Grund hat. Die polnische Industrie hat einen bedeutenden Aufschwung genommen. Trotzdem ist der Reallohn so niedrig, daß der Arbeiter gerade den notwendigsten Lebensbedarf decken, an die Anschaffung von industriellen Konsumgütern dagegen kaum denken kann. Die Arbeiter sind deshalb der Lobreden auf den „Fortschritt“ müde; sie selbst spüren nichts davon. Noch viel weniger merken die Bauern etwas von den Erfolgen der sozialistischen Wirtschaft. Ihre Unzufriedenheit wird selbst von der polnischen Presse nicht ganz verschwiegen, seitdem Kritik erlaubt ist oder, wie man in Polen sagt, das „Tauwetter“ begonnen hat.

In dieser Unzufriedenheit tritt ein wichtiger Unterschied zwischen der polnischen und der russischen Mentalität zutage. Die Polen sind zu aktiv, zu realistisch und zu lebensbejahend, als daß man sie mit Parolen auf eine ferne Zukunft verträsten und von ihnen immerzu nur Entbehrungen verlangen könnte, wie man es dem russischen Volk und seiner Geduld nun seit einem Menschenalter zumutet. Das ist einer der Gründe dafür, daß die anfängliche Vertrauenswilligkeit gegenüber dem sozialen Fortschritt des Kommunismus, die aus der Erinnerung an die Kriegs- und Vorkriegszeiten genährt wurde, sich mehr und mehr in Ungläubigkeit verwandelt. Es ist aber nicht der einzige Grund.

Der neue Kurs

Die Entstalinisierung hat das menschliche Vertrauen zu den Repräsentanten der kommunistischen Ordnung, soweit es vorhanden war, ins Wanken gebracht. Auf diesem Vertrauen aber beruht vor allem in der Jugend die Bereitschaft zum Eintreten für den Kommunismus. Aus Briefen junger Menschen, deren Veröffentlichung im Zeichen des neuen Kurses gestattet wurde, spricht eine tiefe Enttäuschung darüber, daß sie mit ihrer ihnen anerzogenen Begeisterung für Stalin nun als die Dummen dastehen. In einem Brief, der in dem Blatt „Poprostu“ veröffentlicht wurde, zieht ein Student die Folgerung: „Wenn man nicht den Menschen glauben kann, dann kann man auch nicht an Ideen glauben. Ich weiß noch nicht, was aus mir werden wird. Werde ich weiter mit euch mitmachen? Ich glaube nicht; ich kann euch ja nicht mehr vertrauen.“

Die Veröffentlichung solcher Ansichten kann in einem totalitären Staat nicht ohne Billigung von oben vor sich gehen. Das kennzeichnet die Atmosphäre des neuen Kurses, wenigstens vor dem Posener Aufstand. Aber auch schon damals warnten ausländische Beobachter in Warschau vor allzu eiligen Schlußfolgerungen. Enrico Altavilla, der in der Turiner „Stampa“ (9. 6. 56) einen seiner Berichte besonders der Einstellung der Jugend widmete, hat den Eindruck gewonnen, daß die Kritik vor der Doktrin und den Grundsätzen des Kommunismus haltmacht. Sie bewegt sich also im Rahmen des Zugelassenen

und läßt Mängel und Versagen auf die Schulter von Personen ab. Hermann Pörzgen beschrieb in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (14. 6. 56) den Wunsch der Polen nach größerer politischer Freiheit und Unabhängigkeit. Man dürfe aber daraus nicht schließen, daß Polen sich von dem russischen Verbündeten trennen wolle. So sehr dieses Volk sich in seiner Seele dem Westen verbunden weiß, so wenig täuscht es sich darüber, daß sein politisches Gewicht auf der Anlehnung an Rußland beruht. Als die kommunistische Führung Polens im vergangenen Frühjahr der Meinungsfreiheit weiteren Spielraum gewährte, ging sie von diesen Voraussetzungen aus. Ministerpräsident Cyrankiewicz sprach das im Sejm offen aus: „Der Kampf um die Demokratisierung unseres politischen Lebens wird in Polen deshalb geführt, damit wir bessere Kommunisten werden, damit wir den Sozialismus noch exakter errichten können.“

So beantwortete er die Frage, ob die Demokratisierung, die sich ja ohnehin auf die Zulassung kritischer Meinungen beschränkte, von der Macht aber nicht das Geringste aus den Händen gab, nur taktischen Erwägungen entsprang oder echter Einsicht. Sie sollte, ganz gemäß der marxistischen Dialektik, Spannungen ausgleichen, um so das System zu festigen.

Nach dem Posener Aufstand ist noch nicht abzusehen, ob man in Polen auf dem Wege zur „Demokratisierung“ fortschreiten oder zu den stalinistischen Methoden zurückkehren wird. Es ist nicht unbegründet, zu vermuten, daß in den Führungskreisen von Anfang an Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des neuen Kurses bestanden. Der „Osservatore Romano“ wies schon am 30. März 1956 darauf hin, daß der neue Parteisekretär und Nachfolger Bieruts, Eduard Ochab, nach seiner ganzen Vergangenheit die Gewähr dafür bietet, daß der Kreml die Kontrolle über die innere Entwicklung der polnischen Partei nicht aus den Händen verliert. Und Franz Borkenau erwog im „Rheinischen Merkur“ (6. 7. 56) die Möglichkeit, daß der Posener Aufstand sehr wohl von den Stalinisten vom Schlage Ochabs inszeniert worden sein könnte, um den Kurs der Demokratisierung ad absurdum zu führen. Vielleicht wird der angekündigte Prozeß gegen die Posener Arbeiter, dem die Welt mit großer Anteilnahme entgegenseht, hierüber etwas Aufschluß geben.

Die kirchliche Lage in Polen ist weder durch die Demokratisierung noch — bisher — durch das Ereignis von Posen nennenswert beeinflusst worden. Der Klerus ermahnt die Bevölkerung zur Ruhe. Die für den 29. Juni angesetzte Einweihung der wiederhergestellten Posener Kathedrale fand, wenn auch in etwas kleinerem Rahmen, statt. Sie wurde wegen einer Erkrankung des Erzbischofs Dymek durch Weihbischof Jedwabski vorgenommen.

Die fortschrittlichen Katholiken im Sejm

Aus den vorausgegangenen Monaten des neuen Kurses hat die katholische Presse im Westen besonders ein Ereignis hervorgehoben, das in der Geschichte der kommunistischen Staaten noch nicht vorgekommen ist. Bei der Frühjahrs-tagung des Sejm stand ein Gesetz zur Erleichterung der Schwangerschaftsunterbrechung aus medizinischer und sozialer Indikation zur Debatte. Die fünf Abgeordneten aus dem Kreis der „fortschrittlichen Katholiken“, die seinerzeit auf der kommunistischen Einheitsliste gewählt wurden, stimmten gegen dieses Gesetz, das somit als erstes

seit der kommunistischen Machtergreifung in Polen nicht einstimmig verabschiedet wurde. Diese Abgeordneten traten auch sonst bei jener Parlamentssession auffallend in den Vordergrund. Wir berichten auf Grund der „Rundschau der polnischen katholischen Presse“, die die Pax-Organisation in Warschau der deutschen Publizistik seit diesem Frühjahr zur Verfügung stellt, einige bemerkenswerte Gedanken aus ihren verschiedenen, in der „Rundschau“ ausführlich wiedergegebenen Reden vor dem Sejm.

Der Abgeordnete Jan Frankowski übte an der Tätigkeit der polnischen Justiz und Staatsanwaltschaft Kritik und rügte deren Willkür. Er ging dabei freilich nicht auf die naheliegenden Beispiele ein, die die Behandlung der katholischen Opfer dieser Willkür, vor allem des Kardinalprimas, ihm geboten haben würde.

Dominik Horodyski, der Stellvertreter von Boleslaw Piasecki in der Leitung des Pax-Kreises, forderte eine Weiterentwicklung der Demokratisierung und berührte dabei auch die Beziehungen zwischen Marxisten und Katholiken. Er äußerte die Erwartung, „daß sich die drastischen Verwaltungsmaßnahmen gegen die Kirche, wie sie in den vergangenen Jahren vorkamen, nicht wiederholen werden“. Die Verfassung garantiere zwar die Freiheit der Religion. Jedoch habe man auf keinem Gebiet des öffentlichen Lebens die „Erkrankungen des Persönlichkeitskultes“ so spüren müssen wie auf dem religiösen. Horodyski ließ einen Gedanken anklingen, der von den „patriotischen Katholiken“ mit einer gewissen Leidenschaft immer wieder verfochten wird. Die Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Marxisten müsse so geführt werden, daß man mittels des beiden gemeinsamen Instrumentes der dialektischen Methode die beiderseitigen Denkvoraussetzungen als gesellschaftlich notwendig zu begreifen und deshalb auch zu tolerieren suche. Der Kommunismus habe dank seiner Verständnislosigkeit ein „geschlossenes katholisches Getto“ geschaffen und eine Kluft zwischen Staatsbürgern erster und zweiter Klasse aufgerissen. Es sei ein folgenschwerer Irrtum gewesen, den Katholizismus als eine Weltanschauung zu betrachten, zu deren Wesen es gehöre, sozialreaktionär zu sein.

Konstantin Lubienski bekannte sich zunächst zu den Gesichtspunkten des Kirchenabkommens von 1950, das eine richtige Einschätzung der Gegebenheit des polnischen Katholizismus verrate. Es sei aber irrig, anzunehmen, es gebe nun auf diesem Gebiete keine Probleme mehr. Zu den ungelösten Fragen, so fuhr er fort, „gehört die Frage des Religionsunterrichtes, zweifellos eine komplizierte Frage, die eine Lösung auf der Plattform der durch die Verfassung garantierten Achtung der Gewissensfreiheit erfordert. Daß dieses Problem immer noch nicht gelöst ist, erzeugt in unserer Gesellschaft einen Gärstoff, der vom gesamtationalen Gesichtspunkt aus schädlich ist.“

Dann berührte Lubienski die noch viel heiklere Frage der Jugendorganisation. Wie überall im Osten, so gibt es ja auch in Polen nur die Staatsjugend. Er sagte: „Diese Situation läßt sich nicht aufrechterhalten, weil es unter der Jugend viele Weltanschauungen gibt, wobei die christliche stark vertreten ist. Wenn der ZMP die einzige politische Jugendorganisation bleiben soll, was ich eher für richtig halten würde, dann müßte sie ebenso wie die Nationale Front auf dem Prinzip der weltanschaulichen Vielgestaltigkeit fußen.“ Lubienski forderte ferner die Beseitigung der Unterbehörden des staatlichen Kirchenamtes in den

Wojwodschaften und Starosteien und die Überprüfung des Dekretes, das die Besetzung kirchlicher Ämter von der Genehmigung des Staates abhängig macht. „Dieses Dekret gestattet das Eingreifen der Volksräte bzw. der Referenten für Bekenntnisfragen in die Personalpolitik der Kirchenbehörden. Die Wandlungen, die innerhalb der Geistlichkeit vor sich gegangen sind, sind jedoch so grundsätzlich, daß die Ursachen, die die Regierung zum Erlaß dieses Dekretes bewogen, entfallen oder abgeschwächt sind.“

Ferner wandte Lubienski sich dagegen, daß die caritative Tätigkeit auf die Altersfürsorge und die Betreuung unterentwickelter Kinder beschränkt werde. „Es scheint mir ganz außer Zweifel zu stehen, daß die Eltern, die diesen Willen hegen, die Möglichkeit haben müssen, ihr Kind in eine Krippe, einen Kindergarten oder ein Internat zu geben, in dem bei der Erziehung religiöse Momente berücksichtigt werden.“ Lubienski begründete seine Forderungen mit der Tatsache, daß die Katholiken Polens ebenso wie andere Staatsbürger dem sozialistischen Staat gegenüber positiv eingestellt seien und ihn mitaufgebaut hätten. „Es geht hier nicht um Privilegien, es geht hier darum, daß die Katholiken zur Entwicklung ihrer Weltanschauung keine geringeren Rechte haben als die Bekenner anderer Weltanschauungen. Auf dem Gebiet der Weltanschauungen gibt es, meiner Meinung nach, außer der freien Konkurrenz keine anderen Lösungen. Wenn jemand beabsichtigt, anderen seine Weltanschauung aufzuzwingen oder durch mechanische Maßnahmen, nicht aber kraft seiner Argumente die Entwicklung einer anderen Weltanschauung abzubremsen, dann schadet er nur seiner eigenen Weltanschauung und verletzt das grundsätzliche Menschenrecht, nämlich die Gewissensfreiheit.“

Auf die Ausführungen von Lubienski zur Frage der Jugendorganisation antwortete deren Vorsitzende, Helena Jaworska, in der Staatsjugend bestehe erstens das Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft und zweitens weltanschauliche Toleranz. Die einzige Erziehungsmethode sei die der Überzeugung. Dagegen würde auf viele Jugendliche seitens der Kirche Druck ausgeübt.

Der bekannte Schriftsteller Jan Dobraczyński sprach namens seiner politischen Freunde zum Gesetz über die Schwangerschaftsunterbrechung. Er hob hervor, daß namhafte medizinische Autoritäten die medizinische Indikation nicht mehr gelten lassen. Besonders aber wandte er sich gegen die soziale Indikation, zumal in der Kautschukformulierung „schwierige Lebensbedingungen der Mutter“. Es wäre ein trauriges Eingeständnis, zuzugeben, „in Volkspolen könne sich eine werdende Mutter in einer Lage befinden, aus der der einzige Ausweg die Tötung eines ungeborenen Kindes sei“. Er betrachte einen solchen Akt als „gemeinen Totschlag eines Menschenwesens“.

Dobraczyński beschäftigte sich alsdann mit der Beunruhigung der Öffentlichkeit durch die steigende Demoralisierung der Jugend. Diese Tatsache beweise die erzieherische Bedeutung der Familie. „Um diese Voraussetzung zu erfüllen, muß die Familie dauerhaft sein, muß sie wirtschaftlich autark sein, und kinderreiche Familien müssen sehr sorgfältig betreut werden. Vor allem jedoch muß die Familie die innere moralische Kraft besitzen, die es ihr gestattet, alle Krisen zu überstehen.“ Man dürfe deshalb auch nicht vergessen, „den Kindern gläubiger Eltern gegenüber auch den moralstärkenden Einfluß der Kirche zu erleichtern“.

Dobraczyński wandte sich zum Schluß sehr energisch gegen die Behauptung anderer Abgeordneter, die Kritik seiner Freunde habe der Einheit geschadet. „Diejenigen, die ähnliche Vorwürfe erheben, sollten verstehen, daß die Nationale Front in Polen auf der Basis der Einheit des sozialen Programms, gleichzeitig jedoch auf weltanschaulicher Vielgestaltigkeit fußt. Unser ganzes Volk ist, unabhängig davon, welche Weltanschauung es bekennt, in der Nationalen Front vereint, und so muß es auch sein. Unser ganzes Volk baut gemeinsam unsere Zukunft auf.“ Dem Abgeordneten Dobraczyński sekundierte auch das fünfte Mitglied dieser Sejm-Gruppe, Wojtkowski, das sich besonders auf ein Gutachten der Katholischen Universität Lublin bezog.

In der Diskussion über die Schwangerschaftsunterbrechung hoben die Befürworter besonders hervor, daß auch sie nicht aus Grundsatz, sondern aus Not dafür einträten; denn der moralische Druck, der gerade von kirchlichen Kreisen auf uneheliche Mütter ausgeübt werde, führe häufig zu unerträglichen menschlichen Tragödien. Das Gesetz diene, was die soziale Indikation angeht, nur der Vermeidung solcher Tragödien.

Die Tätigkeit der fortschrittlichen Katholiken

Die Bedeutung dieser Äußerungen im polnischen Parlament besteht zunächst darin, daß hier durch den Mund der fortschrittlichen Katholiken gewisse Tatsachen bestätigt werden, die man Besuchern aus dem katholischen Ausland zuweilen verschweigt, wenn das Gespräch auf die Lage der Kirche in Polen kommt. Dazu gehört die Willkür der Justiz und die Schikane und Einmischung der Verwaltung in kirchliche Angelegenheiten ebenso wie die Behinderung des Religionsunterrichtes und der Gesinnungsterror in der Staatsjugend. Auch das muß gesagt werden, wenn man die Blüte des kirchlichen Lebens in Polen und die Freiheit rühmt, deren sich die Kirche in diesem Lande erfreue.

Zweitens ist bemerkenswert, welche Beschwerden die Abgeordneten im Sejm nicht vorgetragen haben; denn daraus kann man ungefähr ermesen, wo die Grenze der zugestandenen Meinungsfreiheit und Kritik verläuft. Zweifellos empört sich das gläubige katholische Volk in Polen über die Behandlung, die seinem Kardinal widerfahren ist und heute noch widerfährt. Mindestens steht sein Name den Gläubigen als Symbol für die Unterdrückung der kirchlichen Freiheit. Und wenn es um eine echte Liberalisierung der weltanschaulichen Grundrechte ginge, dann könnte die Regierung wohl keine überzeugendere Entscheidung treffen. Aber der Name Wyszynski durfte im Sejm nicht einmal genannt werden, und ebensowenig war ein anderer Hinweis auf konkrete Fälle oder Namen gestattet. Natürlich kann man das nicht den progressistischen Abgeordneten zur Last legen; es gestattet lediglich eine Schlußfolgerung bezüglich des tatsächlichen Einflusses, den diese selbst oder ihre Reden auf das Parlament oder die Regierung ausgeübt haben.

Andererseits wird man deren Tätigkeit wie auch die sonstige publizistische Bemühung der Pax-Gruppe im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten und Verhältnisse betrachten müssen. Es wäre ein Irrtum, zu meinen, daß die katholische Presse Polens, die ausschließlich in den Händen der Pax-Gruppe liegt, sich darin erschöpfe, einerseits die Mitarbeit am sozialistischen Aufbau zu predigen und andererseits, vielleicht zur Tarnung ihrer wahren Ab-

sicht, religiöse Erbauungsaufsätze zu veröffentlichen. Gerechterweise muß man zugestehen, daß sie auch sehr zentrale weltanschauliche Themen behandelt, und zwar in einem einwandfrei rechtgläubigen Sinne. Wir erwähnen beispielshalber Aufsätze über die religiöse Erziehung, die katholische Eheauffassung, das Verhältnis von Glauben und Wissen bzw. Wissenschaft, die Geistigkeit und Unsterblichkeit der menschlichen Seele und die Transzendenz christlicher Lebensauffassung. Das sind Themen, die in der geistigen Auseinandersetzung im heutigen Polen eine entscheidende Rolle spielen. Dabei fällt auf, daß diese Aufsätze keineswegs als zeitferne Prinzipienabhandlungen geschrieben sind, sondern in direktem Angriff auf die entgegengesetzten Thesen des dialektischen Materialismus, der nicht selten mit den Waffen einer immanenten Kritik und beträchtlicher Gewandtheit in der Handhabung der den Kommunisten eigenen dialektischen Methode und Terminologie bekämpft wird. Diesen publizistischen Bemühungen die Aufrichtigkeit oder den sachlichen Wert abzuspochen, das würde entsprechender sachlicher Argumente bedürfen.

Ebenso muß aber wieder darauf hingewiesen werden, was in der Publizistik der Pax-Gruppe nicht behandelt wird, weil es nicht behandelt werden darf. Und das ist der gesamte Komplex der Gegensätze zwischen der katholischen Soziallehre und der marxistischen Geschichts- bzw. Gesellschaftslehre. Was diesen Problemkreis betrifft, hüllt sich die Gruppe der fortschrittlichen Katholiken Polens nicht nur in Schweigen, was man verstehen könnte, sondern sie tritt ganz offen der Auffassung der Marxisten bei.

Hier stellt sich die für die Beurteilung ihres Vorhabens entscheidende Frage. Und dazu hat Hugh Delargy, ein Mitglied des britischen Unterhauses und einer der besten persönlichen Bekannten der führenden Pax-Mitglieder und Kenner der kirchlichen Situation Polens, nach seiner letzten Reise in zwei Aufsätzen in „Blackfriars“ (Bd. 37, Nr. 431 und 432; Februar, März 1956) folgende Tatsachen beigebracht.

Die Pax-Leute, so sagt Delargy, betrachten die kommunistische Revolution in Polen als eine vollzogene und bleibende Tatsache. Nun argumentieren sie so: Auf unbestimmte Zeit werden die Katholiken Polens unter diesem Regime leben und als Christen überleben müssen. Die beste Chance dazu bietet eine Zusammenarbeit, soweit sie möglich ist. Insofern als die sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Regierung positiv zu werten sind, sei diese Zusammenarbeit sogar geschichtlich notwendig und ein Beweis für praktisches christliches Denken.

Delargy berichtet dann, was die ‚fortschrittlichen Katholiken‘ auf die Einwände entgegnen, die man gegen ihren Grundsatz der Zusammenarbeit erhebt. Sie bestreiten nicht, daß der Kommunismus von kämpferischer Gottlosigkeit durchdrungen ist. Darin unterscheidet er sich aber nicht wesentlich von anderen Formen eines atheistischen Humanismus, den es immer gegeben hat und bis zum Ende der Zeiten geben wird. Die Feindschaft gegen die Kirche, die den Kommunisten mehr als anderen Formen des Atheismus eigen ist, rührt nach Ansicht der Progressisten nur daher, daß sie die Kirche heute noch als Verbündete des Kapitalismus betrachten. Werden sie vom Gegenteil überzeugt, dann wird diese Kirchenfeindschaft verschwinden.

Gegen den Vorwurf, daß sie von der kirchlichen Soziallehre abweichen, verteidigen sie sich mit der Replik, daß

die päpstlichen Verlautbarungen sich auf eine kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beziehen und das Verhalten der Katholiken innerhalb ihrer zum Gegenstand haben.

Hält man ihnen vor, daß es doch immerhin Verdacht erregen müsse, wenn man sieht, wie der größere Teil der polnischen Katholiken sich von den Progressisten distanzieren, dann führen sie das auf verschiedene Gründe zurück: teils auf einen gewissen Stolz und ein Ressentiment, das sich an die soziale Vergangenheit klammert, in der ja der polnische Klerus tatsächlich eine hochprivilegierte gesellschaftliche Stellung innehatte; teils erklären sie diese Zurückhaltung mit einer gewissen Sentimentalität der Volksgläubigkeit, die sich um die geistigen Grundlagen des Glaubens oder gar um eine Auseinandersetzung mit Gegenwartsproblemen wenig kümmert, sie vielmehr in einer fideistischen Haltung als verdächtig betrachtet. Endlich glauben sie, es handle sich auch um eine Art von Bequemlichkeit und Weltflüchtigkeit, die sich mitunter in der Rolle des Martyrers gefällt.

Delargy kommt zu der Feststellung, daß die Intensität des religiösen Lebens und Glaubens in Polen tief und echt und nicht nur aus der Gegnerschaft gegen den Kommunismus zu erklären ist, daß sie aber auch nicht das Verdienst der fortschrittlichen Katholiken genannt werden kann. Allerdings haben diese durch die Herausgabe religiöser Bücher, besonders durch die Bibelausgabe von Dabrowski in mehr als einer halben Million von Exemplaren und die Verbreitung des Katechismus, dazu beigetragen.

Aber, so sagt Delargy, damit ist die Frage nicht beantwortet, warum die Progressisten und nur sie solche Möglichkeiten haben. Ihre Gegner behaupten, sie würden vom Staat unterstützt, um in hinterhältiger Weise die Jugend dem Kommunismus zuzuführen, und zwar im Namen Christi. Und sie hätten bewußt in diesen Verrat eingewilligt. Ihre Freunde sagen, die Progressisten erfüllten eine notwendige Aufgabe. Sie würden vom Staat nur deshalb gestützt, weil dieser gar keine andere Wahl habe, und sie würden nur von solchen Katholiken bekämpft, die ihrerseits alle Hoffnung auf einen neuen Krieg setzen. Aber auch die besten Freunde der Pax-Gruppe, die ja selbst keine Massenbewegung, sondern nur eine kleine Avantgarde sein will, können nicht glaubhaft machen, daß die Progressisten in der Lage waren, sind oder sein werden, eines der wirklich vitalen Probleme der Kirche befriedigend zu lösen. Sie erreichen weder eine korrekte Durchführung des Religionsunterrichtes, der nach Delargy nur noch in weniger als der Hälfte aller Volksschulen erteilt wird, noch die Wiederzulassung der Orden für seelsorgliche Tätigkeit, noch die Gewährung unbehinderter Seelsorge für den Weltklerus, noch die echte weltanschauliche Toleranz gegenüber der Jugend, noch die Rehabilitierung der Bischöfe und des Kardinals. Über alle Dinge von wirklicher Bedeutung, so schließt Delargy seine Betrachtungen, haben sie keine Kontrolle.

Auch der „Osservatore Romano“ hat in jedem der Aufsätze, die er in den letzten Monaten der kirchlichen Lage in Polen widmete (z. B. 30. 3., 25. 5., 9. und 17. 6. 56), immer wieder hervorgehoben, daß die im Westen weitverbreitete Ansicht von möglicher oder gar bereits verwirklichter Koexistenz zwischen Kirche und System in Polen unrichtig ist und daß die progressistischen Bestrebungen in dieser Richtung Unmögliches versuchen und gefährlich sind, weil sie Verwirrung im Inland und im Aus-

land stiften. Die Kirche kann sich nicht mit der progressistischen These einverstanden erklären, daß die marxistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in ihrer gegenwärtigen Verwirklichung und in ihren theoretischen Ansprüchen als soziales Programm von einem gewissenhaften Katholiken innerlich bejaht werden dürfe. Und ebensowenig kann die Kirche sich die Hoffnung zu eigen machen, die ja das Grundmotiv des Progressismus ist: der Kirchenhaß der Kommunisten gelte nur dem, was sie als sozial-reaktionäre Haltung der Kirche bezeichnen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Entwicklung betrachtet die Kirche daher die praktische Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei auch in politischen und sozialen Angelegenheiten als eine Handlungsweise, die kirchenfeindliche Ziele und Absichten unterstützt. Sie hat sie darum durch ein eigenes Dekret ausdrücklich verboten. Sie kann die Progressisten nicht als von diesem Verbot dispensiert betrachten, und deshalb finden sie im „Osservatore Romano“ eine unverändert scharfe Verurteilung. Eine Änderung dieser Situation kann nicht von ihnen, sondern nur von der kommunistischen Partei selbst herbeigeführt werden, wenn deren in Polen begonnene Demokratisierung andere und überzeugendere Formen zutage bringt als die einer rein demonstrativen und faktisch bedeutungslosen parlamentarischen Kritik.

Aus Amerika

Erster gemeinsamer Hirtenbrief des mittelamerikanischen Episkopats Die 28 Bischöfe der sechs Länder Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Costa Rica und Panamá, die die schmale Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika bilden, haben am Dreifaltigkeitssonntag 1956 zum erstenmal einen gemeinsamen Hirtenbrief herausgegeben. Sechs Zusammenkünfte der Bischöfe an verschiedenen Treffpunkten waren dem Brief vorausgegangen aus der Erkenntnis, daß sich „viele unserer gemeinsamen Probleme durch eine gemeinsame und einheitliche Aktion besser lösen lassen“. Als das Grundproblem bezeichnet der Hirtenbrief den Priestermangel und die Sorge um Priesternachwuchs. (Für die 8,3 Millionen Katholiken in den sechs Ländern wirken heute insgesamt nur 511 Diözesan- und 640 Ordenspriester, das heißt, ein Priester kommt auf 7200 Katholiken! Die Zahl der Priesterseminaristen ist sogar von 170 vor sechs Jahren auf 150 zurückgegangen.) „Es ist nötig, immer und immer wieder über die Vortrefflichkeit des Priestertums zu predigen, über die Würde und die Verdienste der Familien, die ihren Söhnen in der erhabenen Berufung nichts in den Weg legen, sondern ihnen im Gegenteil in jeder Weise helfen, ihren heiligen Wunsch zu erfüllen. Es muß den Reichen ebenso wie den weniger Begüterten gesagt werden, daß es eine unbedingte Pflicht ist, nach besten Kräften zum Bau von Seminaristen und zum Unterhalt des Lehrkörpers und der bedürftigen Seminaristen beizusteuern.“

Verteidigung des Glaubens

Der Priestermangel sei auch ein entscheidendes Hemmnis in der „zweitwichtigsten“ Aufgabe, der Verteidigung des Glaubens, „vor allem gegenüber dem Protestantismus“. „Wie sollen wir die Menschen unterrichten und zu echter Frömmigkeit anhalten, wenn wir nicht genügend und gute Priester haben und wenn wir nicht auf eine Elite von

Laienaposteln und fähigen Katecheten zählen können? Wie ohne eine gutorganisierte Katholische Aktion?“ Die Bischöfe stellen bedauernd die „Durchschlagskraft“ und die „günstige Entwicklung“ des Protestantismus fest, ebenso die „traurige Erfahrung“ von fanatischen Apostaten im Kampf gegen den Katholizismus. Sie geben die Gründung eines „Zentralsekretariats für die Verteidigung des Glaubens“ mit nationaler und diözesaner Untergliederung bekannt und nennen als wichtigstes Mittel die religiöse Unterweisung. „Die Hauptwaffe unseres Kampfes muß natürlich die mit allen Mitteln verwirklichte Unterweisung in unserem christlichen Glauben sein: in der Kirche, zu Hause, in der Schule, in den Zentren der Städte und Stadtviertel, in den Dörfern und Gehöften, in den industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, auf den Landgütern und in den Arbeiterlagern, durch Presse und Radio und durch jedes nur mögliche andere Mittel.“ Die katholische Kirche fordere eine angemessene Berücksichtigung nicht nur im Volksschulwesen, sondern auch auf den höheren Schulen und Universitäten.

Ein weiterer Abschnitt widmet sich den Problemen grassierender Unmoral. „Drei Hauptlaster sind es, die die geistige Lebenskraft und den physischen Wohlstand unserer Völker untergraben: Alkoholismus, Prostitution und Glücksspiele.“ Sie seien die „fruchtbarsten Quellen von Verbrechen, Armut, Krankheiten, Zerstörung der Familien, schlechtem Beispiel für Kinder und Jugendliche, Verlust der Willenskraft und Tod des Glaubens und der christlichen Tugenden“. Ohne Kontrolle und moralische Zensur verwandle sich auch der Film in eine „erfolgreiche Schule für die Künste des Raubes, des Mordes, der Rache, der Habsucht, des Ehebruchs, der freien Liebe“. „Vielleicht wissen unsere Menschen gar nicht, daß die Filmproduzenten in den USA und in Europa unmoralische Szenen für die Zensur in ihren eigenen Ländern heraus schneiden; den Völkern Lateinamerikas aber schicken sie — wie sie selber ohne Umschweife zugeben — die ganzen Streifen, weil sie wissen, daß bei uns alles durchgeht und daß das die Ware ist, die diesen Völkern gefällt. Schmach und Schande!“

Um eine zentralamerikanische Union

Nach einer Abweisung der laizistischen Auslegungen des Herrenwortes „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ kommt das Hirtenwort auf die Frage einer zentralamerikanischen Staatenunion zu sprechen (einen Plan, der zwar schon seit geraumer Zeit verfolgt wird, aber vorläufig noch wenig Aussichten auf Verwirklichung hat). Die Bischöfe stellen fest: „Obgleich wir als Bürger ein Recht zur Meinungsäußerung haben, sprechen wir uns weder für noch gegen eine solche Union aus, weil wir hier als Hirten der Kirche unser Wort erheben.“ Für den Fall einer Verwirklichung müsse man ihnen freilich das Recht zugestehen, die Vorteile und Nachteile zu prüfen, die die Kirche daraus ziehe. Zu fordern sei die Freiheit der Kirche, ihre Anerkennung als Societas perfecta mit Recht auf Eigentum und innere Unabhängigkeit, Anerkennung des kirchlich-sakramentalen Charakters der Ehe, die Freiheit der religiösen Erziehung und der kirchlichen Schulen und die Einschränkung der religiösen Toleranz auf die tatsächlich vorliegenden Verhältnisse. Ein eigener Abschnitt wendet sich gegen den Etatismus, das „große Übel unserer Epoche, wo der Staat alles absorbiert und viele Rechte und Wirksamkeiten seiner Bürger erstickt“.

Soziale Gerechtigkeit

„Wir dürfen unsere Betrachtungen über diese problematische Union nicht schließen ohne ein warnendes Wort vor dem größten Feind des Christentums: dem gottlosen marxistischen Kommunismus.“ Er sei für Lateinamerika von besonderer Gefahr, sowohl wirtschaftlich-sozial wie in seinem pseudoreligiösen Charakter. „Dies ist die Lösung des Problems: der Kommunismus muß durch die Lehre des Evangeliums besiegt werden . . . Wir halten es für unumgänglich, daß die Gesetzgeber unserer Republiken oder eines neuen kommenden Vaterlandes sich in Wahrheit für eine bessere soziale Gerechtigkeit einsetzen, für eine gerechte Verteilung des Landes, für einen wirk-samen Schutz des Arbeiters und Landarbeiters, gegen Alkoholismus, Prostitution und Glücksspiele, für einen Schutz des Alters, der Waisen, der Kranken, der bedürftigen werdenden Mütter, für eine Regelung des Mindestlohnes, Schutz der Gewerkschaften und Ausbau der Sozialversicherung.“

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Hirtenwort, das in seinem Gesamtwortlaut sechs enge Druckseiten umfaßt, in seinen wesentlichen Teilen eine Mahnung an den expansiven, diktatorischen laizistischen Staat (das ist praktisch der Typus in ganz Lateinamerika) darstellt, die Forderungen der Kirche zur gesellschaftlichen Ordnung zu erfüllen. Unabhängig davon steht daneben das Problem Nr. 1 der Kirche dieses Kontinents: der unbeschreibliche Priesterangel.

Aus dem Nahen Osten

Koranunterricht in den ägyptischen Missionsschulen? Der Schulstreit in Ägypten nimmt bedenkliche Formen an. Wie bereits berichtet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 406), tritt am 5. 12. 1956 das Gesetz in Kraft, demzufolge allen Schülern an den ägyptischen Schulen der Religionsunterricht ihrer Konfession erteilt werden muß. Dieses Gesetz gilt auch für die christlichen Schulen und soll vor allem dazu führen, daß den muslimischen Schülern innerhalb der christlichen Schulen Koranunterricht erteilt wird.

Von diesem Gesetz werden vor allem rund 300 katholische Schulen mit etwa 70 000 Schülern betroffen, von denen 35 000 Muslimen und 35 000 einheimische Christen verschiedener Riten und eine geringe Anzahl Juden sind. Es kommen dann noch eine größere Zahl nichtkonfessioneller Schulen hinzu, die von ausländischen Regierungen unterhalten werden und rund 30 000 Schüler, zum großen Teil europäische Kinder aus den verschiedenen „Kolonien“, unterrichten.

Eine Gruppe katholischer Schulen hat Anfang Mai d. J. der ägyptischen Regierung eine Protestresolution gegen dieses neue Gesetz zukommen lassen und hervorgehoben, daß sie bei aller Loyalität zum ägyptischen Staate den Forderungen des Gesetzes nicht nachkommen könne, da der spirituelle Zweck ihrer Schulen die Vermittlung christlicher Prinzipien sei. Der von der Regierung geforderte Koranunterricht würde den spezifischen Charakter der katholischen Schulen zerstören. Unter diesen Umständen würden sie es vorziehen, ihre muslimischen Schüler zu entlassen. In dieser Resolution wurde auch vorgeschlagen, daß die Eltern der muslimischen Schüler die Verantwortung für die religiöse Unterweisung ihrer Kinder über-

nehmen; die katholischen Schulen würden ihnen hierbei in jeder Form entgegenkommen.

Andere Kompromißvorschläge gingen dahin, daß die muslimischen Kinder außerhalb der Schulen unterrichtet werden sollten. Die Jesuiten erklärten sich sogar bereit, unmittelbar neben ihrer Schule eine „Madrassa“ zu errichten, in der die muslimischen Schüler ihren Religionsunterricht erhalten können.

Am heftigsten wandte sich die amerikanische Mission in Ägypten (Presbyterianer) gegen das neue Gesetz. In einem Protestschreiben an den Unterrichtsminister heißt es: „Eine religiöse Organisation zu zwingen, eine andere Religion als ihre eigene zu lehren, ist ein Gewissenszwang, der sich schlecht mit der neuen Verfassung verträgt, die versprochen hat, die Freiheit der Religion zu gewährleisten“ („Süddeutsche Zeitung“, 27. 6. 56).

Die ägyptische Regierung ist jedoch auf keinen dieser Vorschläge eingegangen. In verschiedenen Zirkularen gab sie bekannt, daß es den Schulen nicht erlaubt sei, ihre muslimischen Schüler zu entlassen. Die Regierung würde deren Aufnahme auf dem Rechtswege erzwingen. Die Regierung besteht darauf, daß der Religionsunterricht auch der muslimischen Schüler *in* den Räumen der Schule selbst erteilt wird und daß jeder Versuch, dieses Gesetz zu umgehen (wie dies die Jesuiten in sehr geschickter Weise taten), die Konfiszierung oder Schließung der betreffenden Schule zur Folge haben würde. Das würde also heißen, daß den christlichen Kindern das Recht, das für die muslimischen hier verlangt wird — nämlich das Recht auf Religionsunterricht —, genommen würde.

In der Ausführungsbestimmung zu diesem neuen Gesetz wird festgesetzt, daß kein Schüler in eine höhere Klasse versetzt werden darf, der in den Fächern Religion, ägyptische Geschichte und Geographie eine ungenügende Note hat. Die Examina unterstehen der Kontrolle des Unterrichtsministeriums. Auch die eventuelle Teilnahme muslimischer Kinder am christlichen Religionsunterricht ist verboten. Anfang Juni wurden bereits zwei englische Lehrer einer protestantischen Mission des Landes verwiesen, weil sie angeblich muslimischen Kindern christlichen Religionsunterricht erteilt hätten.

In dem offiziösen Organ „Al Goumhouriya“ erschien ein Artikel aus der Feder des Majors Amine Chaker, der dem Ministerpräsidenten Nasser nahesteht, in dem er die christlichen Schulen und Missionen in bisher unbekannter Schärfe angreift: Die religiösen Kongregationen mißbrauchten die Religion schändlich, indem sie die Einnistung des Imperialismus begünstigen. Man solle unverzüglich Maßnahmen treffen, um dieses Krebsübel nicht nur in Ägypten, sondern auch in ganz Afrika und Asien auszumerzen. Zur Weigerung der christlichen Schulen, den Koranunterricht einzuführen, schrieb Chaker: „Wer sich unseren Gesetzen nicht fügen will, dem kann ich nur die Worte wiederholen, die Nasser an die Imperialisten gerichtet hat: Pakt eure Sachen und macht, daß ihr fortkommt!“ — Das ist bereits Moskauer Jargon der Stalinära.

Trotz allem beschloß die katholische Bischofskonferenz, die Schulen im Oktober wieder zu eröffnen. Wie NCWC (26. 6. 56) berichtet, haben die ägyptischen Bischöfe den Missionsschulen empfohlen, sich während der Sommerferien geeignete Räumlichkeiten *außerhalb* der Schulen zu suchen, um so ihren guten Willen zu beweisen. Man hofft allgemein, daß man bis zum Dezember noch

zu einer tragbaren Regelung mit der ägyptischen Regierung kommt.

Unterdessen ist auch Msgr. Oddi, der Apostolische Delegat in Jerusalem, nach Kairo abgereist, um den kranken Apostolischen Internuntius, Msgr. Jonghe d'Ardoj, zu vertreten. Msgr. Oddi überbrachte dem Präsidenten Nasser die Glückwünsche des Heiligen Vaters zu dessen Wahl. Wie AFP berichtet, wird sich Msgr. Oddi „während seines Aufenthaltes in Kairo den Interessen der ägyptischen Katholiken und den aktuellen Fragen widmen“.

Absichten des ägyptischen Staates

Oberflächlich gesehen, ist das Problem der christlichen Schulen in Ägypten das gleiche, wie es sich in jedem anderen Staate stellt, der auf dem Wege zum Etatismus ist. Es scheint, als versuche die ägyptische Regierung, die relative Selbständigkeit der Privatschulen einzuschränken und sie der Kontrolle des Kultusministeriums zu unterstellen. In diesem Falle wäre es, wenn man von der Zweifelhaftheit des Etatismus selbst absieht, das einfachste, einen Weg zu suchen, auf dem man der ägyptischen Regierung entgegenkommen könnte. In der Tat scheint nichts gegen die Erteilung des Koranunterrichts an muslimische Kinder zu stehen, wenn man von dem Einwand absieht, daß es sich hier immerhin um Missionschulen handelt. Einige dieser Schulen haben sich unterdessen auch nach Rom gewandt, um dort eine Entscheidung oder gegebenenfalls eine Dispens einzuholen.

Es geht in diesem Fall jedoch nicht um irgendwelche religiöse Prinzipien, wie sie wohl nicht zu Unrecht die Presbyterianer geltend machten. Das Vorgehen der ägyptischen Regierung läßt eindeutig erkennen, daß ihr an dem Religionsunterricht jener 35 000 muslimischen Schüler gar nicht gelegen ist, sondern daß sie einzig und allein die christlichen Religionsgemeinschaften und vor allem die ausländischen Missionen zu provozieren sucht.

Diese Provokation wurde sorgfältig erdacht und vorbereitet, und ihr Erfolg scheint beinahe gewiß. Sollten sich die Missionsschulen dazu entschließen, den muslimischen Religionsunterricht einzuführen, dann haben sie im Vorderen Orient ihr Gesicht verloren. Das ägyptische Propagandaministerium wird es nicht unterlassen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß man die ausländischen Missionen ohne größere Mühe überwinden könne. Wenn Chaker von der Vertreibung der Missionen aus Afrika und Asien spricht, dann ist das trotz allem, was man über den Wert derartiger Deklarationen weiß, ernst zu nehmen. Das, was in den Augen des Asiaten oder Afrikaners nur als Demütigung der europäischen Mission erscheinen kann, könnte über die Grenzen Ägyptens hinaus ernste Folgen haben. (So hat der Sudan offensichtlich nach ägyptischem Vorbild die Missionsschulen bereits verstaatlicht.) Ist der Koranunterricht einmal eingeführt, dann stehen den muslimischen Koranlehrern auch weiterhin alle Möglichkeiten offen, neue Komplikationen herbeizuführen. Es scheint — um nur ein Beispiel zu nennen — wenigstens fraglich, ob sie ihren Unterricht in Schulräumen erteilen werden, in denen Kreuze oder andere Symbole hängen. Die Missionsinstitute stehen also vor einer ausschließlich politischen Entscheidung. Wenn sie jetzt nachgeben, dann müssen sie mit neuen Schwierigkeiten rechnen. Sie haben vor allem zu entscheiden, ob sie der ägyptischen Regierung jetzt oder bei einer anderen Gelegenheit, bei der es um schwererwiegende Dinge gehen könnte, Widerstand leisten wollen.

Erschwert wird die Situation durch das uneinheitliche Verhalten nicht nur der einzelnen Konfessionen, sondern der katholischen Missionsinstitute selbst. Das erleichtert das Vorhaben der ägyptischen Regierung ungemein. Es genügt, daß eine einzige katholische Schule der Einführung des Koranunterrichtes freiwillig zustimmt, damit dieselbe Forderung mit größerem Nachdruck an die anderen Schulen gestellt werden kann. Unter Umständen wird die Regierung den Schulen, die sich ihr willfährig zeigen, sogar besondere Vergünstigungen zukommen lassen und wird so einige christliche „Paradeinstitutionen“ fördern, die sie immer wieder als Ausweis ägyptischer Toleranz vorführen kann. An den anderen Schulen wird dann das notwendige Exempel, wie man mit imperialistischen Missionen umzugehen hat, statuiert werden. Die deutschen Schulen in Ägypten z. B. (eine evangelische und zwei katholische Schulen der Borromäerinnen) beabsichtigen nicht, sich der Einführung des muslimischen Religionsunterrichtes zu widersetzen, da sie, wie man aus der „Süddeutschen Zeitung“ (27. 6. 56) erfährt, „es für wichtiger halten, eine Stellung zu halten, die es ermögliche, deutsche Kultur zu verbreiten“.

Das Abspringen einzelner Institutionen, bevor eine eigentliche Auseinandersetzung noch begonnen hat, wird, wie immer diese ausgehen mag, für die übrigen Missionsinstitute schädliche Folgen haben.

Es bleibt immer noch die Hoffnung, daß, für eine gewisse Zeit wenigstens, eine tragbare Regelung herbeigeführt wird. Es kann jedoch kein Zweifel mehr an den wirklichen Absichten der ägyptischen Regierung bestehen, die die endgültige Vertreibung der christlichen Missionen und wahrscheinlich auch die Islamisierung der zwei Millionen Christen des Landes zum Ziele haben.

Aus den Missionen

Die katholische Presse in den Missionen. Missionsgebetsmeinung für September 1956

Es ist üblich geworden, die Rückständigkeit der Missionen auf dem Gebiete der Presse herauszustellen und die Versäumnisse der Missionare auf diesem Gebiete anzuprangern. Die Enzyklika *Evangelii Praecones* (1951) drückt sich positiver aus: „Vieles ist geschehen, aber vieles bleibt noch zu tun.“ Auf jeden Fall muß man die bedeutenden Schwierigkeiten berücksichtigen, die angesichts der geringen Zahl der Katholiken in den Missionen, ihrer Verteilung über riesige Gebiete, des ungewöhnlichen Entwicklungsstadiums der Missionsgebiete, der großen Verbreitung des Analphabetentums, des Mangels an Mitteln, der Vielzahl der Sprachen und geschichtlich bedingter Hemmungen der Entfaltung einer starken katholischen Presse in den Missionen im Wege standen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 310, und 7. Jhg., S. 448). Bevor man allzu hart die Versäumnisse tadelt, muß man auch einen Blick auf die wenig befriedigende Lage der katholischen Presse in den altchristlichen Ländern werfen, die mit ihren zahllosen Millionen von Katholiken sicherlich einen besseren Untergrund für die Entwicklung des katholischen Zeitungswesens bieten als die Missionsländer. Selbst in dem Lande, in dessen Mitte der Vatikanstaat liegt, steht es mit der allgemeinen katholischen Presse sehr schlecht. In einer Artikelserie „Missionsjournalismus in Italien“ (Le Missioni Cattoliche, Nr. 6—11, 1955) stellte Piero Gheddo PJME fest, daß einer Sintflut von Blättern rein religiösen

Charakters (2000!) nur 8 katholische Tageszeitungen (bei 124 insgesamt!) gegenüberstehen. Von 22 Kupfertiefdruck-Illustrierten ist nur eine katholisch, von 119 Zeitschriften aktuellen und kulturellen Charakters ebenfalls nur eine usf. Der Verfasser stellt ganz nüchtern fest: „In dem Jahrhundert, das hinter uns liegt, haben wir Katholiken auf dem Gebiete der Presse die Partie verloren.“

Die Pressefrage ist in den Missionsländern nun in ein entscheidendes Stadium getreten. Viele Versäumnisse, die in den altchristlichen Ländern zu beklagen sind, lassen sich vor allem in Afrika noch vermeiden, wenn man die Lehren unserer europäischen katholischen Vergangenheit beherzigt. In Asien läßt sich leider manches nicht mehr aufholen, was versäumt wurde. Mehr denn je sieht man ein, daß man in den Missionen eine katholische „Große Presse“ nicht mit unzulänglichen technischen und journalistischen Kenntnissen improvisieren kann, daß hier Zusammenarbeit aller Verantwortlichen Bedingung ist, daß man schließlich in Missionsgebieten so schreiben muß, daß auch die Nichtchristen sich zum Lesen katholischer Blätter angeregt fühlen. Die Kolonialära hat die Neigung verstärkt, nur für die Katholiken, defensiv bewahrend, zu schreiben. Nirgendwo ist aber die Pflege eines katholischen Gethogeistes schädlicher für das Apostolat der Presse als in den Missionen. Das schnelle Fortschreiten der kulturellen und politischen Emanzipation, die Ausbreitung der Bildung und damit des Zeitungswesens, die Einbeziehung der Katholiken in das Gesamtleben der jungen Staaten: alles dies drängt dazu, der katholischen Presse den ihr zukommenden Platz in Asien und Afrika zu schaffen. Immer mehr beschäftigt sich deshalb der Gesamtepiskopat der einzelnen Missionsländer mit den aktuellen Pressefragen, besonders auch mit der Organisation einer leistungsfähigen Tagespresse. Es soll in dieser Übersicht den Fragen der Tagespresse besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da die Mängel der katholischen Presse heute, wo die Völker Asiens und Afrikas zur Selbstbestimmung kommen, gerade auf diesem Gebiete besonders empfunden werden. Außerdem würde eine Berücksichtigung des ganzen Pressesektors diese Studie ungebührlich anschwellen lassen.

Laieneinsatz in der Presse

Die Verhältnisse der Missionskirche bringen es mit sich, daß die Presseinitiativen anfangs meist von den Missionaren ausgehen, die auch Funktionen stellvertretend übernehmen müssen, die ihrem Wesen nach am besten von Laien wahrgenommen werden. Selbstverständlich haben Priester bei der Herausgabe rein religiöser Blätter eine oft unersetzbare Aufgabe. Anders verhält es sich aber mit der Tages-, Wochen- und allgemeinen Zeitschriftenpresse, die das Tagesgeschehen und die Probleme der Politik, der Gesellschaft, der Kultur, der Wirtschaft im Lichte christlicher Grundsätze darstellen soll. Im Zeitalter der „Entkolonisierung“ ist es sogar ein Gebot der Stunde, die Verantwortung von Priestern nicht in jenen Fragen zu engagieren, die nicht direkt zur Zuständigkeit der Kirche gehören. Waren von 75 Zeitungen und Zeitschriften der Missionsländer, die in den „Missiones Catholicae“ (1954), einer auf amtlichen Unterlagen beruhenden Gesamtstatistik der Missionen, aufgezählt wurden, nur sieben von Laien geleitet und hat man daraus den Missionaren sogar einen Vorwurf gemacht, so haben sich inzwischen die Verhältnisse in dieser Hinsicht erheblich gebessert.

Selbst in Afrika und gerade dort treten immer mehr einheimische Laien in die Redaktionsstäbe ein. Bei der Auswahl dieser Laien machen sich Versäumnisse in der Heranbildung einer Laienelite unangenehm bemerkbar. In Afrika kommt dazu, daß dem Evoluiertentyp, der jetzt die Tätigkeit der öffentlichen Meinungsbildung übernimmt, durchgehend jene geistige Ausgeglichenheit fehlt, die in einem Klima vonnöten ist, das mit Gefühlswallungen und Ressentiments gesättigt ist. Leider lassen es die Verhältnisse in den meisten Missionen noch nicht zu, Journalistenschulen für einheimische katholische Laien zu schaffen. Am besten stehen hier die Dinge wohl in der Japanmission. Es wäre unter diesen Umständen ein dringendes Gebot, daß katholische Verlage der altchristlichen Welt afrikanischen und asiatischen Laien, die von den dortigen Bischöfen präsentiert werden, Ausbildungsmöglichkeiten im eigenen Betrieb böten. Die Kommunisten tun solches schon lange. Warum nicht wir? Die Presseleute der Kommunisten in Französisch-Afrika sind dynamische junge Afrikaner, die in der Sowjetunion oder in französischen kommunistischen Zentralen geschult wurden. Und während der Kommunismus die Pressearbeit auf Weltebene sieht und die Hilfe für den Ausbau der Presse in den farbigen Ländern als eine strategische Aufgabe der eigenen Internationale auffaßt, kommen wir aus unserem Regionalismus nicht heraus. Die Missionsbischöfe erhalten von keiner Seite größere Zuwendungen für ihre Pressefonds. Selbst das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung in Rom konnte aus seinen beschränkten Mitteln im Jahre 1954 nur 84 800 Dollar den Missionen für Presseaufgaben zur Verfügung stellen.

Die Presse in Afrika

Dennoch bietet die katholische Presse in den Missionsländern das Bild einer wachsenden Entfaltung. Besonders gilt dies für Afrika. Durch Zusammenarbeit der Fides-Agentur in Rom, des Internationalen Sekretariats der katholischen Presse und des „Institut de Presse Missionnaire“ (Frankreich) wurde im Vorjahr eine (unvollständige) Aufstellung über die in Afrika erscheinende katholische Presse allgemein-informierenden Charakters veröffentlicht, die sehr aufschlußreich ist. Es sei hier erwähnt, daß unter dem Patronat des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung in Issy-les-Moulineaux (Seine) seit einigen Jahren eine Vierteljahrszeitschrift „Les Presses Missionnaires“ erscheint, die ausschließlich über die Fragen der Missionspresse berichtet. Die erwähnte Statistik stellt für ganz Afrika 68 katholische Zeitungen und Zeitschriften allgemein berichtenden Charakters fest, und zwar 43 in europäischen und 25 in afrikanischen Sprachen. Fünf dieser Veröffentlichungen sind Tageszeitungen. Eine davon erscheint in einheimischer Sprache, zwei in Französisch und zwei in Portugiesisch. Die Auflagen der beiden in Mozambique erscheinenden Tageszeitungen („Lourenço-Marqués Cardian“ und „Diario de Mozambique“) werden nicht angegeben. „Le Courrier d’Afrique“ (Léopoldville) hat 9000 Bezieher, „L’Essor du Congo“ (Elisabethville) 6000, „Isan Andro“ (Madagaskar) 2000. Es handelt sich also um sehr kleine Blätter. Von den 63 Zeitschriften geben 10 keine Auflage an. Die übrigen 53 haben zusammen rund 300 000 Bezieher. Tatsächlich ist die Reichweite der in afrikanischen Sprachen erscheinenden Blätter (zwei erscheinen zugleich in einer europäischen und einer einheimischen Sprache) viel größer, als die mit-

geteilte Gesamtauflage (196 650) erraten läßt. Der Lesehunger der Einheimischen ist sehr groß, die Möglichkeiten zu seiner Befriedigung sind aber oft sehr gering. So gehen die Zeitungen und Zeitschriften von Hand zu Hand und werden auch vorgelesen. Es nehmen auch Protestanten, Mohammedaner und Angehörige der Stammeskulturen von dem Inhalt katholischer Blätter Kenntnis. Einige Missionare schätzen die tatsächliche Leserschaft auf das Zehnfache der Auflage. Die Weißen Väter in Kisubi (Britisch-Ostafrika) beziffern die Leserschaft ihrer für Einheimische gedruckten Monatszeitschrift „Mwebinga“ bei einer Auflage von 3000 auf 400 000. Andererseits nehmen natürlich auch katholische Afrikaner von nichtkatholischen Presseerzeugnissen Kenntnis. Als der Kommunismus in Nigerien vor etlichen Jahren einbrach, riß man sich aus Mangel an Lesestoff um die Flugschriften. Die „Zeugen Jehovas“, die in Zentralafrika angesetzt haben, gewannen in Rhodesien in kurzer Zeit Hunderttausende von Afrikanern, weil sie sich den Hunger nach Literatur zunutze machten! Die größten Auflagen der Blätter für einheimische Katholiken findet man in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi, wo vier Wochenzeitungen Bezieherzahlen zwischen 14 500 und 22 500 aufweisen. Diese Zahlen sind eindrucksvoll angesichts der noch nicht erheblichen Verbreitung der Lesekunst im Kongo sowie der Tatsache, daß die Herausgabe von Druckschriften in den Hauptdialekten jeweils für einen nur beschränkten Raum möglich ist. Einige dieser Blätter entwickeln sich schnell zu Tageszeitungen, die Jahr für Jahr an technischer Aufmachung und innerem Wert gewinnen. Die Presse der christlichen Gewerkschaften in Afrika ist in voller Entwicklung.

Übergang zur Tagespresse in Afrika

Auf katholischer Seite hat man aus finanziellen und technischen Gründen bisher den Nachdruck auf die Wochenpresse gelegt, die schon sehr ansehnlich ist und in einzelnen Gestaltungen, die sich weit der Psychologie der Schwarzen öffneten, großes Ansehen gewonnen hat. Allmählich sieht man sich aber genötigt, eine Tagespresse zu schaffen. Nach Feststellungen der Unesco gab es Mitte 1952 in Afrika schon 263 Tageszeitungen, die fast alle in Sprachen der Kolonialmächte erschienen und die eine Auflage von 2,2 Millionen hatten. Dagegen nehmen sich die fünf katholischen Tageszeitungen mit einer geschätzten Auflage von 50 000 doch recht bescheiden aus. Die Kommunisten, die ihre Werbung hauptsächlich auf Presse, Flugschriften und vervielfältigte Kleinzeitungen stützen, suchen mit großer Zielstrebigkeit die einheimische Tagespresse auszubauen. Die enormen technischen Schwierigkeiten überwinden sie durch die Indienstnahme des technischen Apparats vor allem der kommunistischen Presse Frankreichs sowie der modernsten Verkehrs- und Nachrichtenmittel. Die Verbreitung der Presse wird unterstützt durch Freixemplare, die von den Kommunisten Europas und aus den Mitteln der roten Internationale bezahlt werden.

Obwohl eine Anzahl katholischer Missionsdruckereien Afrikas im letzten Jahrzehnt modernisiert wurden und in der Lage sind, Bücher und Kleinschriften in vielen Sprachen zu drucken, sind doch nur wenige imstande, moderne Zeitungen im Rotationsdruck herzustellen. Die Bezahlung hauptamtlicher Redakteure und der Ausbau des Nachrichtenapparats stellen weitere Probleme dar. Die Nachrichten-

tenagentur „Ultramar“ der Päpstlichen Missionswerke in Brüssel hat Anfang 1956 für die afrikanische Presse (d. h. praktisch für Belgisch-Kongo und Nachbargebiete) einen eigenen Nachrichtendienst eingerichtet, der ausgebaut werden müßte. Die Bischöfe beschäftigen sich fast überall mit den Fragen der Entwicklung größerer Presseunternehmen. Die Ordinarien Französisch-Westafrikas schufen schon vor neun Jahren eine Wochenzeitung in Dakar unter Leitung der Weißen Väter („Afrique Nouvelle“). In Großformat erscheinend, von einem Teil der Presse und den Behörden heftig bekämpft, hat sich das Blatt heute durchgesetzt und wird vor allem von den „Evolués“ viel gelesen. Es leistet der Kirche wertvolle Dienste. Die Oberhirten von Tanganyika haben in Kipalapala ein großes Presseunternehmen geschaffen, das über modernste Maschinen verfügt. Die Bischöfe des Kongo beschäftigten sich im Juni auf ihrer Jahreskonferenz mit der Pressefrage. In dem hochindustrialisierten Katangagebiet erscheint seit Jahresbeginn 1956 eine für Massenverbreitung bestimmte reichillustrierte katholische Zeitung in Großformat, die vorläufig vierzehntägig herauskommt, aber später, wenn die Ausbreitung der Bildung fortgeschritten ist, Tageszeitung werden soll. Die Bischöfe der Goldküste wollen die katholische Wochenzeitschrift „The Standard“ zu einer Tageszeitung für das ganze Land ausbauen und selbst finanzieren. Schließlich soll Anfang 1957 in Südrhodesien eine nationale katholische Zeitung erscheinen, deren Gründung die organisierte Laienschaft der Katholischen Aktion übernimmt. Fügen wir noch hinzu, daß die Vereinigungen katholischer Studenten eine Reihe von Zeitschriften in Afrika besitzen. Seit wenigen Jahren erst vorhanden, sind sie ein Widerschein des erwachenden Verantwortungsbewußtseins der gebildeten katholischen Afrikaner, die ihre eigenen Probleme nach christlichen Gesichtspunkten lösen wollen. Eine Aufzählung dieser Zeitschriften brachte die „Neue Zeitschrift für Missionswissenschaft“ (Nr. 4, 1955, Schweiz).

Schwache Stellung unserer Presse in Asien

Die relativ schwache Stellung der Kirche in Asien, wo es im Jahre 1952 (ohne das asiatische Rußland) 2257 Tageszeitungen gab, spiegelt sich besonders in der Pressefrage wider. Zwar gab es vor dem letzten Kriege in den Missionsgebieten Asiens etwa 450 periodisch erscheinende meist religiöse Zeitschriften der Katholiken, die zu höchsten Prozenten vom Klerus geleitet wurden, aber nur die eine oder andere Tageszeitung. Inzwischen sind in China 162 katholische Publikationen (Zählung von 1937) durch die Kommunisten vernichtet worden.

Auf dem 1. Asiatischen Laienkongreß zu Manila im Dezember 1955 wurde die unbefriedigende Lage der katholischen Presse in Asien eingehend erörtert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 268). Der Plan, eine große Tageszeitung für Mittel- und Fernasien in englischer Sprache erscheinen zu lassen, die ganz von katholischen Laien zu leiten wäre, ist in Manila fallengelassen worden. Die großen Entfernungen, die technischen Schwierigkeiten der Nachrichtenvermittlung, die Kosten für das Korrespondentennetz, die geringe Wahrscheinlichkeit, eine große Abnehmerzahl für eine in Englisch erscheinende Zeitung zu gewinnen, ließen das Vorhaben als undurchführbar erscheinen. Es müßten im übrigen die Spezialisten einer solchen Presse erst ausgebildet werden. Leider kommen erst jetzt die Bemühungen in Gang, die Katholiken

Asiens an ein größeres Interesse für die öffentlichen Dinge heranzuführen. Kardinal Gracias weist in seinen Ansprachen immer wieder auf diesen wunden Punkt in der Erziehung der Katholiken hin. Man beschloß in Manila, wenigstens ein allasiatisches katholisches Informationszentrum anzustreben und im übrigen die in den einzelnen Ländern bestehende und zum Teil hochwertige Wochenpresse auszubauen. Letztere kann sich auch unter finanziell tragbaren Bedingungen besser den sprachlichen und kulturellen Besonderheiten der Katholiken anpassen, die ja in jedem asiatischen Land kleine Minderheiten darstellen und meist durchaus nicht (z. B. in einem Lande wie Indien) einer einzigen Volksgruppe angehören. Kann das Englische nicht als allgemein verstandene Verkehrssprache benutzt werden — und die Asiaten tun alles, um ihre nationalen Sprachen durchzusetzen —, so ist für eine Minderheit die Gründung einer Tageszeitung unrentabel, es sei denn, daß die Minderheit zu Zehntausenden in einem engbegrenzten Gebiet wohnt. Diese Lage ist für die Kirche Asiens aber nur in wenigen Ländern gegeben. Dort allein hätte eine große katholische Zeitung eine Existenzgrundlage. Aber auch für die katholische Wochenpresse Asiens besteht die Aufgabe, mit einem Redaktionsstab von Laienspezialisten zu arbeiten, die hier die Priester ersetzen. Wenn die Wochenpresse in Form eines Kirchenblattes aufgezogen wird, kann sie von einem Priester redigiert werden. Soll sie aber die Katholiken ans politische, kulturelle, soziale, wirtschaftliche Leben heranzuführen, ihre Mitarbeit daran sichern und zu Tagesfragen Stellung nehmen, so sollte die Wochenpresse Asiens in die Hände katholischer Laien gegeben werden, die aus christlicher Verantwortung heraus im weltlichen Sektor Stellung nehmen. Man wird auch in Asien nicht daran vorbeikommen, die politische Wochenpresse der Katholiken von der rein kirchlichen Wochenpresse zu scheiden. Der bisherige Weg der Vermengung zweier Bereiche in vielen Wochenblättern der Katholiken Asiens kann sehr schnell zu unangenehmen Folgen für die Kirche führen. Auf dem Kongreß in Manila hat man sich wohl von dieser Situation Rechenschaft gegeben und deshalb mit Nachdruck die Aktivierung der Laien auf dem Gebiet der Presse gefordert.

Ermutigende Initiativen

Zwei Hinweise auf Initiativen katholischer Laien Asiens auf dem Gebiet der Presse sollen diese Übersicht abschließen. Es war stets beklagt worden, daß die 1,5 Millionen Katholiken von Vietnam keine katholische Zeitung besaßen. Unter Leitung des Apostolischen Delegaten wurde nun zu Hanoi ein Komitee gegründet, das die Frage studieren soll. Inzwischen ist eine Gruppe katholischer Laien zur Tat geschritten und hat von sich aus für Südvietnam die erste katholische Zeitung geschaffen („Duong Song“ = Der Lebensweg). Vorläufig zweimal in der Woche in einer Auflage von 8500 Exemplaren erscheinend, soll das Blatt bald täglich herauskommen. Im September 1955 erschien in Indien eine katholische Wochenzeitung „Enquiry“, Wochenblatt des Katholischen Regionalrats von Madhya Pradesh, Bihar, Orissa und Madhya Bharat. Herausgeber ist ein Laie, G. X. Francis, Nagpur. Das vom Herausgeber selbst finanzierte Blatt trägt am Kopf als Motto die Stelle aus 2 Tim. 1, 7: „Gott hat uns nicht den Geist der Zaghaftigkeit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.“ In seiner Zeitung eröffnete Francis den Kampf ge-

gen die Unterdrückung der Katholiken durch fanatische Hindus im Staate Madhya Pradesh, führt das Blatt aber zugleich positiv als Grundsatzorgan, das „katholische Aktion ins ganze Leben ausstrahlen“ will. Schon die ersten Nummern brachten Tausende von Beziehern aus ganz Indien, und die All-Indische Konferenz katholischer Laienführer zu Nagpur (14.—18. Dezember 1955) „ermutigte einstimmig und begeistert die Initiative des Herausgebers und unterstützte ihn mit allen Mitteln bei den Bemühungen, Kapital für dieses Organ zu sammeln. Es war ein allgemeines Empfinden unter den Delegierten, daß seitens der Presse nicht genügend getan werde, um die christliche Botschaft unter allen ihren Aspekten zu verkündigen. Man beschloß deshalb, „Enquiry“ kräftig zu unterstützen und seine Auflage zu vergrößern, damit das Blatt auch Probleme und Situationen anpacken könne, die die Katholiken des ganzen Landes berühren“ („The Examiner“, Bombay, 21. 1. 56).

Ökumenische Nachrichten

Die Not des „Dritten Ortes“. Zur Berliner EKD-Synode

Die außerordentliche Generalsynode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Ende Juni in Berlin tagte, war eine ausgesprochen politische Synode, mehr noch als die von Espelkamp im März 1955 (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 305 ff.). Das „Wagnis“ dieser Synode, wie man sagte, war in erster Linie durch das drückende Verlangen der DDR nach einer politischen Loyalitätserklärung wenn nicht der ganzen EKD, so doch wenigstens ihrer Landeskirchen in der Ostzone bestimmt, was die Mehrheit der Synode zwangsläufig veranlaßte, sowohl die Bundesrepublik wie die Ostzonenregierung auf dem gleichen Nenner als Provisorien anzusprechen, wie bereits die Vorbereitungen erkennen ließen (vgl. ds. Jhg., S. 412). Zum anderen war es die Sorge vor der Annahme des Bonner Wehrpflichtgesetzes und ihren vermeintlichen Folgen in der Ostzone, so daß viele Synodalen wohl auch hofften, die Bonner Politik noch in letzter Minute aufhalten zu können; eine Berechnung, die sich nicht als völlig irrig erwies, da ja in der Aussprache des Bundestages zur Dritten Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 6. Juli die Beratungen der evangelischen Generalsynode eine nicht unbeträchtliche Rolle spielten. Die Bedeutung dieser außerordentlichen Synode wird am besten gekennzeichnet durch ein Nachwort von Bischof Dibelius: die evangelischen Christen hätten sich nicht der Politik verkauft, sondern sich von allen politischen Voreingenommenheiten bei der Behandlung der Lebensfragen des deutschen Volkes frei gemacht. „Dieser Kampf gegen eine politische Überfremdung der Kirche ist viel schwerer, als die meisten annehmen.“ Tatsächlich hat die Synode die von Pankow gewünschte Loyalitätserklärung nicht abgegeben und bereits heftige Kritik seitens der Ostzonenregierung erfahren. Eine Zeitlang hat es geschienen, wenn wir Bischof Dibelius recht verstehen, daß die EKD angesichts der Aufspaltung des deutschen Volkes und den daraus erwachsenden Nöten zu der Erwägung veranlaßt wurde, von sich aus — seit 1945 sich als „der Mund des deutschen Volkes“ fühlend — eine gesamtdeutsche Vertretung ins Leben zu rufen, „um dadurch vielleicht zu erreichen, was die Politiker nicht zustande brächten“. Aber die Meinungen über die der Kirche gezogenen Grenzen gingen doch zu sehr auseinander. Immerhin wird man